

# maldekstra #10

GLOBALE PERSPEKTIVEN VON LINKS: DAS AUSLANDSJOURNAL

MÄRZ 2021



## Globale Proteste. Aufbruch oder Strohfeuer?

Weltweit kämpfen verschiedene Bewegungen für Demokratie und eine sozial-ökologische Wende, gegen wachsende Ungleichheit und Unterdrückung. Neue Formen des Widerstands und der Organisierung entstehen. Das nährt Hoffnung

Immer wieder in der Geschichte sind Ideen zur materiellen Gewalt geworden und haben auf der ganzen Welt Menschen in Bewegung gebracht. Revolten, Revolutionen und Arbeiter\*innenkämpfe im 19. und frühen 20. Jahrhundert, antikoloniale Kämpfe in den 60er Jahren des vergangenen Jahrhunderts zeugen davon. Neue Protestformen entstehen. Die Schwierigkeit in einer globalisierten Welt, die doch nicht eins ist: Wie lassen sich gemeinsame Interessen finden und bündeln? Das Kapital agiert global und in Konkurrenz, jedoch übereinstimmend, wenn es darum geht, Angriffe abzuwehren. Globalen Protesten ist diese Einigkeit nicht per se eigen. Selbst der bescheidene Wohlstand der einen nährt sich oft aus dem Elend der anderen. Und doch gibt es gemeinsame Interessen – schließlich leben wir nicht auf verschiedenen Planeten.

## Inhalt

- 3 Nicht das Ende der Geschichte** Ivesa Lübben über die Zeit des „Arabischen Frühlings“
- 6 Ein neuer Protestzyklus ist sehr wahrscheinlich** Boris Kanzleiter im Gespräch
- 8 Unterdrückungsmuster** Die Gefangenen der ägyptischen Konterrevolution
- 9 Stabilität für Despoten** Der Umgang mit Ägypten zeigt: Geschäft schlägt Demokratie
- 11 Wind of Change** Begann 1989 eine internationale Bewegung?
- 12 Ist es möglich?** Revolutionäre Bewegungen im Mittleren Osten und in Nordafrika
- 14 Kämpfe um Würde und Selbstbestimmung** Das afrikanische Erwachen rund um 2011
- 15 Aktiv und offen für Bündnisse** Die Landbevölkerung bildet die Basis der afrikanischen Klimagerechtigkeitsbewegungen, sagt Roland Ngam
- 17 Bewegungen zusammenführen** Bislang fehlt es in Westafrika an einem gemeinsamen Verständnis von den Ursachen der Probleme.
- 18 Ein Kampf für das Leben, für alle** Indigene Völker navigieren und vereinen die Welt
- 19 David gegen Goliath** Die indische Regierung liefert Kleinbäuer\*innen dem Weltmarkt aus
- 20 Frauenrechte in Polen** Im Sturm öffentlicher Auseinandersetzungen
- 22 Der Aufstand der Ryanair-Crews** Der Streik vor drei Jahren zeigt Möglichkeiten und Grenzen transnationaler Arbeitskämpfe

## Impressum

maldekstra wird herausgegeben von der common Verlagsgenossenschaft e.G., Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, in Kooperation mit der

**ROSA LUXEMBURG STIFTUNG**

**Beirat** Eva Grothenius, Boris Kanzleiter

**Redaktion** Julia Funcke (Korrektorat), Kathrin Gerlof (V.i.S.d.P.), Anne Schindler, Mitarbeit: Sigrun Matthiesen

**Gestaltung** Michael Pickardt

**Kontakt** Tel. 030.2978.4678 kontakt@common.berlin

**Druck** BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, Am Wasserwerk 11 10365 Berlin

**Druckauflage** 57.500

„maldekstra“ steht für „links“ in der Weltsprache Esperanto.

„maldekstra“ kann kostenfrei bezogen werden über [bestellung.rosalux.de](http://bestellung.rosalux.de). Anfragen und Leser\*innenbriefe bitte an [maldekstra@rosalux.org](mailto:maldekstra@rosalux.org)

„maldekstra“ wird finanziert aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

## Verstummen oder: sich bewegen

Bevor die Corona-Pandemie zum fast alles bestimmenden Thema wurde, demonstrierten weltweit Menschen für den Klimaschutz. Eine globale Bewegung, die Hoffnungen weckte, weil sie auf allen Kontinenten viele Menschen unterschiedlichster sozialer Herkunft, aller Altersgruppen und mit sehr verschiedenen Interessenlagen vereinte und auf die Straßen und Plätze brachte. Und vielleicht war und ist es in ihrem Ausmaß eine der größten globalen Bewegungen überhaupt, auch wenn die Geschichte viele und viele große widerständige Aufbrüche kennt, die den Globus erschütterten und epochal waren. Dario Azzellini formulierte es 2014 so: „In diversen historischen Epochen sind neue Impulse und Ideen, Praktiken und Hoffnungen in massiver Weise über den Globus gefegt und haben nahezu überall (über kurz oder lang) Parameter des Denkens und der gesellschaftlichen Verfasstheit verändert.“

Dies beschreibt die Messlatte dafür, ob eine Bewegung, ein Protest wirklich als global und weltverändernd aufgefasst werden kann. Verändert sich das Denken und verändert sich die Gesellschaft? Die Klimaproteste können für sich in Anspruch nehmen, genau das bewirkt zu haben. Wir denken, dass die Welt gerettet werden muss und dass dafür nicht mehr allzu viel Zeit zur Verfügung steht. Politiken verändern sich, weil sie massiv in der Kritik stehen oder für unwählbar erklärt werden, nähmen sie sich des Themas nicht an. Das Kapital – weiterhin die größte globale Bewegung der Gegenwart – sucht nach Erklärungen, Schlupfwinkeln und systemimmanenten Lösungen, um auf seine Margen nicht verzichten zu müssen und trotzdem als „Klimaretter“ und „Problemlöser“ angesehen zu werden. Der globalisierte Kapitalismus hat für eine „Vereinheitlichung der Lebens- und Ausbeutungsbedingungen“ (Azzellini) gesorgt, während zugleich Ungleichheit gewachsen ist und somit auch die Ungleichheit bei den Ausgangsbedingungen für globale Kämpfe. Ein Widerspruch? Ja und nein.

Die Pandemie kann als Katalysator angesehen werden für eine Verschärfung sozialer, ökonomischer und ökologischer Konflikte, aber auch als Möglichkeit gelten, politische und gesellschaftliche Transformation einzufordern.

An der Spitze globaler Proteste und Bewegungen stehen keine Parteien mehr und keine Gewerkschaften, traditionelle Organisationen sind nicht in der Lage, über Ländergrenzen hinaus zu mobilisieren, andere Organisationsformen füllen die Leerstellen, die repräsentative Demokratie befindet sich in einer tiefen Krise. Wer sich von ihr nicht mehr repräsentiert fühlt, verstummt oder bewegt sich, wobei auch Bewegung in jene Richtung gemeint ist, die global zu einer der größten Gefahren für Demokratie und Erneuerung geworden ist. Die Krise der Demokratie und ihrer herkömmlichen Institutionen hat sie angreifbar gemacht für rechtes, nationalistisches, rassistisches Gedankengut und weltweit florierende Verschwörungstheorien. Und die Rückschläge nach hoffnungsvollen Aufbrüchen, wie es sie zum Beispiel vor zehn Jahren in arabischen Ländern gab, sind dramatisch.

Lässt sich an die umfassenden, machtvollen sozialen Proteste der vergangenen Jahre anknüpfen, wenn es wieder möglich sein wird, Plätze zu besetzen, zu kommen und zu kämpfen, um zu bleiben? Schließlich ist die Welt während der Pandemie nicht besser geworden, sind Ungleichheiten nicht verschwunden, zeigt sich das Kapital nicht einsichtiger, ist die Umwelt nicht weniger bedroht, Ausbeutung nicht verschwunden oder moderater geworden, ertrinken Geflüchtete weiterhin im Mittelmeer, sind die Reichen dieser Welt nicht verpflichtet worden, abzugeben, sind Gesundheit, Bildung, Recht auf Unversehrtheit, Schutz und gleichberechtigten Zugang zu Ressourcen nicht garantiert.

Es gibt also ausreichend Gründe für globale Proteste.

Kathrin Gerlof

## Dossier „Arabischer Frühling“

„Ash-shab yurid isqat an-nizam“ – „Das Volk will den Sturz des Regimes“ – war eine zentrale Parole der politischen Aufbrüche, die Ende 2010 in Tunesien begannen und anschließend weitere Länder in Nordafrika und Westasien erfassten. Diese Bewegungen waren kein punktuell Ereignis, sondern haben die gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen in den Ländern nachhaltig verändert. Seit dem Herbst 2019 kommt es in verschiedenen Ländern erneut zu Massenprotesten. So unterschiedlich die Ansätze, Themen und Entwicklungen in jedem Land sind, gemeinsam ist ihnen der Wille zu gesellschaftlichen Veränderungen, gerechten ökonomischen Verhältnissen und politischem Wandel. Soziale Kämpfe und Widerstand finden täglich statt.

„Die revolutionären Bewegungen in Westasien und Nordafrika ab 2010 waren der Ausdruck einer tiefen Krise und einer Blockierung der politischen und ökonomischen Entwicklung“, schreibt Harald Eitzbach in seinem Text über den „unvollendeten“ Frühling. „Besonders betroffen davon waren junge Menschen, sie waren es auch, die die Bewegung trugen und das Bild der vielen Proteste und Demonstrationen prägten. Auch Frauen spielten und spielen dabei eine herausragende Rolle.“

Die Print-Publikation „Ich bin Anführer\*in der Revolution. Aufbruch und soziale Proteste in Westasien“ der Rosa-Luxemburg-Stiftung lädt dazu ein, sich mit den sozialen Kämpfen in der Region zu beschäftigen. Ein digitales Westasien-Dossier ergänzt und erweitert den Kanon der Themen. Die Publikation kann auf der Webseite der Rosa-Luxemburg-Stiftung bestellt werden.

[www.rosalux.de/dossiers/westasien](http://www.rosalux.de/dossiers/westasien), [www.rosalux.de/publikation/id/43604](http://www.rosalux.de/publikation/id/43604)



Tahrir-Platz, Kairo, 2012, Foto: Virginie Nguyen Hoang/Wostok Press/dpa

## Nicht das Ende der Geschichte

Ivesa Lübben über die Zeit des „Arabischen Frühlings“ und das, was davon blieb und bleiben wird

*Wo warst du, als der „Arabische Frühling“ im Dezember 2010 in Tunesien begann, wie hast du den Beginn dieses revolutionären Aufbruchs wahrgenommen?*

Am 17. Dezember 2010, als sich in der tunesischen Stadt Sidi Bouzid der Gemüsehändler Mohamed Bouazizi aus Protest gegen Polizeivillkür verbrannte, war ich in Deutschland. Ich war gerade von einer längeren Forschungsreise nach Ägypten zurückgekommen. Dabei hatte ich mir auch die Parlamentswahlen, die dort am 5. Dezember stattgefunden hatten, angeschaut. Nie gab es so eklatante und offene Wahlfälschungen in Ägypten wie 2010. Ich war sicher, dass in den nächsten Monaten irgendetwas passieren würde. Es gab so viele soziale und politische Widersprüche, die aufbrechen mussten, für mich war klar, dass es in Ägypten das gab, was man in der linken Theorie traditionell als eine „revolutionäre Situation“ bezeichnet.

*Die Revolution jedoch begann dann in Tunesien. Tunesien war der Auslöser, aber Ägypten ist das zentrale Land, anhand dessen man prototypisch viele Widersprüche aufdecken kann, die auch in anderen Ländern der Region aufbrachen. Seit 2006 kam es immer wieder zu oft wochenlangen Streiks. Aus-*

löser war ein wilder Streik in der Textilfabrik in Mahalla al-Kubra im Nildelta, der größten Fabrik des Landes und einem Zentrum der ägyptischen Arbeiterbewegung. Der Streik richtete sich gegen soziale Verschlechterung, gegen Privatisierung, gegen Korruption und die Fälschung der Gewerkschaftswahlen durch die Staatsgewerkschaften und das Arbeitsministerium. Der Funke sprang dann über: Seit 2008 bildeten sich vielerorts unabhängige Gewerkschaften, die sich zu einem Koordinierungskomitee zusammenschlossen und für Anerkennung kämpften. Am 6. April 2008 stürzten die Arbeiter von Mahalla ein überlebensgroßes Bild des damaligen Präsidenten Hosni Mubarak, das den zentralen Platz der Stadt überragte. Das war in gewisser Weise der erste symbolische Akt der Revolution.

2010 wurden überall in Kairo Protestcamps errichtet, von Arbeiter\*innen, Bewohner\*innen von Slums, die modernen Bauprojekten weichen sollten, und von Bauern und Bäuerinnen, die von ihrem Land vertrieben worden waren. Dadurch nahm auch der urbane Mittelstand wahr, was in den Provinzen und Arbeitervororten im Land passierte.



Foto: https://de.quntara.de

**Ivesa Lübben** war von 2017 bis 2020 Büroleiterin der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Tunis (Tunesien). Davor arbeitete sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Centrum für Nah- und Mitteloststudien (CNMS) an der Universität Marburg. Mit ihr sprach **Kathrin Gerlof**. Die Langfassung des Interviews kann auf [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de) gelesen werden.

Parallel formierten sich Cross-over-Bewegungen wie „Kafaya“ („Es ist genug“), an denen Persönlichkeiten aus dem gesamten politischen Spektrum von ganz links bis zu den Muslimbrüdern beteiligt waren. Dann gab es noch die Bewegung der Richter, die laut damaliger Verfassung für die Durchführung und Beaufsichtigung der Wahlen verantwortlich waren. Die gewaltsamen Eingriffe der Sicherheitsorgane in den Wahlprozess waren für sie ein Affront gegen die Judikative. Durch diese Richter, die sich gegen Wahlfälschung wehrten, entdeckten auch viele einfache Menschen, dass ihre Stimme zählte und ihr Wunsch, Mubarak abzuwählen, legitim war. Das führte zu einem enormen Politisierungsschub im Massenbewusstsein.

Auch die Jugend spielte zu der Zeit eine große Rolle. Es gab in Ägypten Jugendbewegungen, überwiegend aus dem gebildeten modernen Mittelstand, die ihr Land und ihre Zukunft kreativ und frei mitgestalten wollten. Ausgangspunkt dieser Bewegungen war der Kampf gegen das Monopol der staatlichen Studentengewerkschaft an den Universitäten. Gleichzeitig haben sich diese jüngeren Aktivist\*innen über Altherrenstrukturen in den verschiedenen politischen Oppositionslagern hinweggesetzt. Das größte und bekannteste Jugendnetzwerk ist die „Bewegung des 6. April“ – das Datum des Arbeiteraufstands in Mahalla al-Kubra. Den jungen Aktivist\*innen war bewusst, dass man die politische Frage und die Demokratiefrage mit der sozialen Frage verbinden muss. Das kam auch in dem Slogan „Brot, Freiheit, Menschenwürde“ zum Ausdruck. So kam es zu Kooperationen mit Arbeiter\*innen und Bewohner\*innen von Slumvierteln sowie den Fußball-Ultras. Es war der Versuch, Klassenbündnisse zu gründen. Am Fehlen dieses Bündnisses waren die Proteste 2005 ja gescheitert.

*Waren dies auch Kämpfe gegen neoliberalen Umbau in den Staaten, bei einem gleichzeitigen großen Demokratiedefizit?*

Es gab einerseits traditionell in allen arabischen Ländern einen starken staatskapitalistischen Sektor, andererseits aber seit den 1990er Jahren einen starken internationalen Druck hin zu neoliberalen Reformen. Die mündeten in Privatisierungen, den Abbau von Subventionen und sozialen Rechten und eine starke soziale Differenzierung. Infolge massiven Arbeitsplatzabbaus gab es immer mehr Menschen, die für die herrschenden Klassen „überflüssig“ wurden. In Nordafrika sind inzwischen über die Hälfte aller Beschäftigten im informellen Sektor beschäftigt – unterbezahlt, ohne Sozialversicherung, ohne Zukunftsperspektiven.

Von den Privatisierungen profitierten Kräfte, die dem Regime nahestanden. So entstand neben den traditionellen Staatsklassen eine neue Business-Elite – Crony-Kapitalisten, die ihren wirtschaftlichen Aufstieg ihren Beziehungen zur Staatsführung und nicht einer klugen Geschäftspolitik oder einer kreativen Idee für ein Start-up verdankten. Beide Kapitalfraktionen gerieten bei der Konkurrenz um Ressourcen zunehmend in Widerspruch zueinander.

All diese Faktoren – die Systemkrise, die sozialen Kämpfe, die Jugend, die die Nase voll hatte von politischer Marginalisierung – haben dazu geführt, dass die Situation explodierte. Das gilt für alle arabischen Länder, egal, ob sie prowestlich waren oder sich auf eine Art Pseudo-Sozialismus beriefen, ob es sich um Republiken handelte oder um Monarchien, ob sie erdölreich waren oder nicht.

*Wieso ist, obwohl es so stark und hoffnungsvoll begann, so wenig davon übrig?*

Ich glaube, die meisten haben in der Euphorie über den schnellen Sturz der Regime in Ägypten und Tunesien die Macht der Konterrevolution unterschätzt. Mit Ausnahme vielleicht von Tunesien gibt es in fast allen arabischen Ländern parallele, durch nichts legitimierte Machtstrukturen, die in einem rechtsfreien Raum agieren und eng mit wirtschaft-

## Friedensbewegung/Antikriegsbewegung

Von einer internationalen Friedensbewegung spricht man seit etwa 1900, als auch der Begriff „Pazifismus“ geprägt wurde. Die pazifistischen Bewegungen konnten den Ersten Weltkrieg nicht verhindern, sie gewannen nach 1918 aber zeitweise eine Massenbasis und organisierten gemeinsame Aktionen gegen Aufrüstung, Wehrpflicht und Kriege, wie den alljährlichen Antikriegstag. 1919 wurde der Völkerbund gegründet, mit dem Ziel, Konflikte zwischen Staaten friedlich beizulegen. Dies konnte den Zweiten Weltkrieg jedoch nicht verhindern. In der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur wurden Organisationen der Friedensbewegung verboten, deren Vertreter\*innen inhaftiert, und viele von ihnen wurden ermordet.

Die Gründung der Vereinten Nationen im Jahr 1945 geht auch auf die Erfahrung des Zweiten Weltkriegs zurück. Krieg sollte, so der Wunsch ihrer Gründerinnen und Gründer, für immer aus der künftigen Geschichte der Menschheit verbannt werden.

In den 1950er Jahren kam es erneut zu militärischer Hochrüstung zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt, dem Militärbündnis der sozialistischen Staaten unter der Führung der Sowjetunion. Die Bedrohung wuchs, der Kalte Krieg konnte jederzeit in einen heißen Krieg umschlagen. Gegen diese atomare Aufrüstung wuchs eine neue, sehr starke Friedensbewegung heran, die sich mit jährlichen Oster-

märschen zugleich eine neue Demonstrationsform schuf. 1958 zählte diese friedliche Form des Protests gegen Hochrüstung allein in der damals kleinen BRD 120.000 Teilnehmer\*innen.

In den 1960er Jahren entstand eine starke internationale Opposition gegen den Vietnamkrieg, der von den USA als Angriffskrieg begonnen worden war.

Als die NATO 1979 mit neuen Aufrüstungsschritten begann, entwickelte sich in einigen westlichen Staaten eine breite, länderübergreifende und auf Zustimmung großer Bevölkerungsteile gestützte Friedensbewegung, die kurzfristig verhindern wollte, dass die NATO weitere Atomraketen in Mitteleuropa stationierte. Auch in den sogenannten Ostblockstaaten formierte sich Widerstand gegen das Wett-rüsten. Langfristiges Ziel war die vollständige atomare Abrüstung.

Weltweit kritisiert wurden die Militärinterventionen gegen den Irak durch die USA und ihre Verbündeten 1991 und dann nochmals 2003. Dabei wurde nicht die Diktatur von Saddam Hussein gerechtfertigt, sondern der Protest richtete sich gegen einen Krieg, der das irakische Volk besonders hart traf.

Ostermärsche finden noch immer statt – unterbrochen durch die Pandemie und auch mit weitaus geringeren Teilnehmenden-Zahlen. Kriege und Kriegsgefahren sind nicht verschwunden.



Anti-Regierungs-Protest in Thailand, November 2020, Foto: Anusak Laowilas/NurPhoto/dpa

licher Macht verbunden sind. Das kann die Armee sein, wie in Ägypten, wo sie alle Bereiche der Gesellschaft durchsetzt. Auch in Algerien kontrolliert sie, trotz formal demokratischer Strukturen, Staatsapparat und Petro-Industrie. In Jordanien und Marokko existiert eine parallele Staatsstruktur in Form des königlichen Diwans, um nur einige Beispiele zu nennen.

Das ägyptische Militär wurde bei der Vorbereitung des Putschs hinter den Kulissen von den Golf-Ländern, vor allem von den Vereinigten Emiraten und Saudi-Arabien, unterstützt. Diese Länder wollten verhindern, dass der Funke der Revolution auf ihre Länder überspringt. Außerdem gab es nicht wirklich Konzepte für einen transformativen Übergang, die an den Realitäten ansetzten und zugleich über das System hinauswiesen: Wie soll die demokratisch gerechte, soziale Gesellschaft aussehen? Wie kommen wir dahin?

*Welchen Anteil hat der sogenannte Westen an diesem Scheitern?*

In Europa sind die Revolutionen zwar bejubelt worden, es hat aber keine in sich konsequente Politik der Unterstützung von demokratischen Kräften gegeben. Nach dem Sturz des Mubarak-Regimes in Ägypten im Februar 2011 ließen sich viele westliche Politiker auf dem Tahrir-Platz mit jungen Aktivist\*innen fotografieren. Nach dem Militärputsch zwei Jahre später machten die meisten – Europäer wie Amerikaner – einen politischen 180-Grad-Schwenk zu einem außenpolitischen Stabilitätsparadigma. Heute gelten Diktatoren wie Abdel Fattah al-Sisi wieder als Garanten westlicher Inter-

essen, etwa bei der Abwehr von Migrationsbewegungen oder als Verbündete im Kampf gegen den Iran oder gegen radikale Islamisten. Mit ihnen werden Milliardenengeschäfte abgewickelt. Saudi-Arabien ist heute weltweit größter Importeur von Waffen. Ägypten ist auf Platz drei. Davon profitiert auch die deutsche Waffenindustrie.

Ein weiterer problematischer Punkt westlicher Politik gegenüber den sogenannten arabischen Transformationsländern ist die Gleichsetzung von Demokratie und Marktfreiheit. Wachsende soziale Ungleichheit und die Marginalisierung von immer größeren Teilen der Bevölkerung sind ja gerade Ergebnis der Liberalisierung der Wirtschaft. Wenn jetzt noch mehr Marktfreiheit, zum Beispiel in Form von Freihandelsabkommen, Privatisierung staatlicher Unternehmen und Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, gefordert wird, werden die sozialen Verwerfungen, die ja Auslöser der Revolutionen waren, nicht behoben, sondern verschärft.

*Wie ist deine Einschätzung: Wird es einen zweiten „Arabischen Frühling“ geben?*

Wir haben es in der gesamten Region mit einer Systemkrise der staatskapitalistischen Form von Rentenkaptalismus, gepaart mit Fragmenten des Neoliberalismus, zu tun. Die Gründe und der Wille der Menschen, etwas zu verändern, sind also immer noch da. Seit 2019 sind wir Zeugen einer zweiten Welle der Arabellion im Irak, im Libanon, in Algerien, im Sudan – und die Menschen haben aus den Erfahrungen der ersten Welle gelernt. Revolutionen sind historische Prozesse, die viele Opfer fordern und manchmal Jahrzehnte dauern.

# Ein neuer Protestzyklus ist sehr wahrscheinlich

Globale Kontexte erzeugen eine gemeinsame Wahrnehmung von Problemlagen. Und daraus können, sagt Boris Kanzleiter, auch grenzüberschreitender Protest und Veränderung wachsen



Foto: privat

Mit **Boris Kanzleiter**, Direktor des ZID der Rosa-Luxemburg-Stiftung, sprach **Kathrin Gerlof**.

Die Langfassung des Interviews sowie weitere Texte zum Thema „Globale Proteste“ können unter [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de) gelesen werden.

*Gibt es so etwas wie transnationale Bewegungszyklen – also Protestwellen mit internationalen Bezügen oder sogar grenzüberschreitende soziale Bewegungen?*

Ja, und sie sind keineswegs ein neues Phänomen. Historisch sind etwa die Demokratiebewegungen von 1848 in Europa, die weltweiten Massenaufstände am Ende des Ersten Weltkriegs und im Gefolge der Russischen Revolution 1917–1921 oder die globalen Proteste von 1968 zu nennen. Auch 1989 war in mancher Hinsicht ein globales Protestereignis. In den 1990er Jahren entwickelte sich ausgehend vom Aufstand der Zapatistas in Chiapas und linker Bewegungen in anderen lateinamerikanischen Ländern eine Bewegung für eine alternative Globalisierung, gegen neoliberale Strukturereformen und die Liberalisierung der Finanzmärkte. Ihre Höhepunkte waren die internationalen Protestmobilisierungen gegen die Welthandelsorganisation WTO in Seattle 1999 und den G8-Gipfel in Genua 2001. Mit den Weltsozialforen gelang es sogar, ein globales Netzwerk zu schaffen, das bis heute existiert. Im Gefolge des Angriffs auf das World Trade Center 2001 und des „Krieges gegen den Terror“ wurde diese Bewegung allerdings schwächer.

Nach der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2009 kam es aber wieder zu einem Aufschwung: Der „Arabische Frühling“ leitete ab Ende 2010 einen transnationalen Bewegungszyklus ein, der sich in den folgenden Jahren unter anderem in Occupy Wall Street, den Dauerprotesten auf dem Syntagma-Platz in Athen, der Bewegung der Indignados (Empörte) in Spanien oder den Sozialprotesten in Slowenien, Kroatien und Bosnien-Herzegowina manifestierte. Zu einem zweiten Zyklus globaler Proteste kam es 2019: In Ecuador, im Sudan, in Ägypten, im Libanon und in vielen anderen Ländern gingen Hunderttausende oder sogar Millionen, wie in Chile, auf die Straße, um gegen Austerität, Korruption und Autoritarismus zu protestieren. Dieser Bewegungszyklus wurde durch den Ausbruch der COVID-19-Pandemie im Frühjahr 2020 unterbrochen.

*Aber sind das wirklich transnationale Bewegungen? Oder handelt es sich lediglich um zeitgleiche Proteste in verschiedenen Ländern?*

Sicher muss man aufpassen, keine Gemeinsamkeiten zu konstruieren, die nicht da sind. Solche Bewegungszyklen bestehen jeweils aus vielen lokalen Protestereignissen, die sich in einem spezifischen Kontext artikulieren und durchaus erhebliche Unterschiede aufweisen können. Aber die lokalen oder nationalen Ereignisse verbinden sich nicht nur durch die Synchronizität, sondern auch durch gemeinsame Begriffe und Symbole, den Transfer

von bestimmten Protestformen, wie den Sit-ins 1968 oder den Platzbesetzungen 2011. Diese Gemeinsamkeiten entwickeln sich aufgrund bestimmter globaler Problemlagen und Konflikte, die jeweilige lokale und nationale Kontexte betreffen. 1917–1921 waren das die Folgen des Ersten Weltkriegs und die Hoffnung auf eine Internationalisierung der Russischen Revolution. 1968 ging es um die anticolonialen und antiimperialistischen Befreiungskämpfe in Asien, Afrika und Lateinamerika, das Demokratiedefizit in den sozialistischen Staaten und soziokulturelle Umbrüche in den westlichen Industriestaaten. Für das Verständnis des „Arabischen Frühlings“ und der nachfolgenden Protestwelle in vielen anderen Ländern sind die Folgen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise von 2009 zentral.

*Erwächst aus dem Globalen dann aber auch wirkliche Gemeinsamkeit, also gemeinsames Tun?*

Das gelingt mal mehr und mal weniger. In jedem Fall bieten die transnationalen Bewegungszyklen die Möglichkeit für die Entwicklung einer konkreten internationalistischen Politik der Linken. Das gilt vor allem auch für transnationale Bewegungen, die sich anhand eines spezifischen Problems oder eines Unterdrückungszusammenhangs entwickeln. Der Klimagerechtigkeitsbewegung ist es in den vergangenen Jahren gelungen, globale Netzwerke und einen globalen Diskurs zu entwickeln. Die feministische Bewegung konnte sich durch die Proteste gegen die Einschränkung reproduktiver Rechte weltweit erneuern und verfügt in vielen Ländern von Polen über Spanien bis Argentinien über hohe Mobilisierungsfähigkeit. Mittlerweile gibt es auch effektive Ansätze für den transnationalen Kampf um Arbeitsrechte, wie die Kampagnen gegen Amazon oder die Organisationsstrategien von UNI Global Union in transnationalen Konzernen zeigen. Dasselbe gilt für die Vernetzung von Kleinbauern in Netzwerken wie La Via Campesina. Großes transnationales Potenzial hat die neue Bewegung gegen Rassismus und für Dekolonisierung, die von „Black Lives Matter“ in den USA ausgeht und in vielen europäischen Ländern aufgegriffen wird.

*In diesen Monaten jährt sich der „Arabische Frühling“ zum zehnten Mal. Du hast ihn als Ausgangspunkt für einen transnationalen Bewegungszyklus bezeichnet. Was waren die Ursachen, und was ist geblieben?*

Diese Bewegungen reagierten auf die neoliberale Austeritätspolitik im Gefolge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise, die im September 2008 ausgelöst wurde. Die Proteste wandten sich auch

gegen die repressiven Strukturen in den Regimen arabischer Länder und adressierten Demokratiedefizite in südeuropäischen Ländern und den USA. In den arabischen Ländern endete die Protestwelle mit der brutalen Repression durch das Assad-Regime in Syrien, die den Bürgerkrieg einleitete, und dem Militärputsch 2013 in Ägypten. In anderen Ländern konnten die Proteste aber zunächst auch positive Veränderungen erzielen. In Tunesien mündete die Revolution in einen verfassungsgebenden Prozess und eine begrenzte Demokratisierung. In Griechenland wuchs die linke Parteienkoalition SYRIZA stark an und konnte Anfang 2015 die Parlamentswahlen gewinnen. In Spanien entstand die neue Linkspartei Podemos, in Slowenien konnte sich mit der neu gegründeten Levica eine neue linke Partei dauerhaft etablieren. Auch in den USA wurden der neue linke Flügel um Bernie Sanders in der Demokratischen Partei und andere linke Organisationen gestärkt.

Fast vergessen ist der erste parallele Generalstreik in mehreren europäischen Ländern im November 2012. Ausgehend vom portugiesischen Gewerkschaftsbund CGTP schlossen sich unter dem Druck der Indignados-Bewegung die spanischen Gewerkschaften CCOO und UGT an, Gewerkschaften in Italien und Griechenland folgten. Zum ersten Mal in der Geschichte der Europäischen Union wurden nationale Streikaktionen synchronisiert.

Auch wenn die Bewegungen in diesem Zyklus ihre Ziele nirgends wirklich erreichen konnten, haben sie die Protestkultur in vielen Ländern so verändert, dass die Proteste vom Herbst 2019 sich darauf beziehen konnten. Leider ist diese transnationale Bewegung an Deutschland weitgehend vorbeigegangen und bildet daher auch keinen Referenzpunkt im politischen Bewusstsein.

*Im Zuge dieser progressiven transnationalen Bewegungen sind allerdings auch rechte, fundamentalistische, antidemokratische Gegenbewegungen erstarkt. Tatsächlich ist der Internationalismus längst nicht mehr das Monopol der Linken, aber das war er eigentlich auch noch nie. Gerade die faschistischen Bewegungen in den 1920er und 1930er Jahren*

waren in gewisser Hinsicht auch transnationale Bewegungen. In den vergangenen Jahren sehen wir, wie eine neue transnationale Bewegung der Rechten entsteht. In dieser Bewegung mischen sich ein aggressiver Antifeminismus und Rassismus mit der Leugnung des menschengemachten Klimawandels und der Verbreitung von Verschwörungstheorien. Die Bewegung wird gestärkt durch die Tendenz zu mehr Autoritarismus und rechtem Populismus durch Regierungsprojekte wie die von Donald Trump, Jair Bolsonaro oder der PiS in Polen sowie Parteien wie der AfD in Deutschland.

*Welche globalen Bewegungen und Kämpfe werden die COVID-19-Pandemie nicht nur überdauern, sondern durch sie möglicherweise sogar – ob der Dringlichkeit ihrer Anliegen – einen neuen Aufschwung erleben?*

Die Folgen von COVID-19, oder besser gesagt: des gesellschaftlichen und politischen Umgangs damit, sind natürlich noch nicht wirklich absehbar. Tatsächlich hat die Krise im globalen Maßstab auch sehr unterschiedliche und widersprüchliche Auswirkungen. Sicher ist auf jeden Fall, dass es sich um eine Zäsur handelt. Es wird wie im Fall der Depression von 1929 ein Davor und ein Danach geben. Nach Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) wurden 2020 weltweit 255 Millionen Vollzeitjobs vernichtet, viermal mehr als in der globalen Finanzkrise 2009. Das Einkommen der weltweiten Arbeiter\*innenklasse ging im vergangenen Jahr um 3,7 Billionen US-Dollar zurück. Das sind 8,3 Prozent des weltweiten Gesamteinkommens aus bezahlter Lohnarbeit. Gleichzeitig wächst die Verschuldung von Staaten und Privatpersonen rapide. Das Vermögen der zehn reichsten Männer der Welt dagegen ist, so neue Zahlen von Oxfam, von Februar 2019 bis Dezember 2020 um fast eine halbe Billion US-Dollar auf 1,12 Billionen US-Dollar gestiegen. Der Schock der aktuellen Krise wird sicher nicht unmittelbar zu politischen Reaktionen führen. Aber die riesigen Proteste der Kleinbauern in Indien oder die Proteste im Libanon zeigen, dass es mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einem neuen Zyklus von Sozialprotesten kommen wird.

## Proteste gegen TTIP

Die genauen Vertragsbedingungen des Transatlantischen Freihandelsabkommens TTIP werden seit Juni 2013 diskutiert. Protest formierte sich schnell. Bereits im Januar 2014 wurde eine erste Petition mit ungefähr 70.000 Unterschriften gegen das Abkommen im Bundestag eingereicht und die Bundesregierung aufgefordert, das Abkommen abzulehnen. Zahlreiche Einzelpersonen und Verbände kritisierten, dass TTIP vor allem von Unternehmen und deren Lobbyisten vorangetrieben werde. Großunternehmen hätten direkten Einfluss auf die Texte des Vertrages, während Vertreter\*innen der Zivilgesellschaft, wie Nichtregierungsorganisationen, keinen Zugang zu den Verhandlungstexten hätten. So bestehe die Gefahr, dass Arbeitnehmer\*innenrechte auf das jeweils niedrigere Niveau beider Verhandlungspartner heruntergefahren würden. Gewerkschaftliche Vereinigungen beispielsweise, die nach bundesdeutschem Recht ermöglicht werden, könnten durch den jeweiligen Konzern unterbunden werden.

Zahlreiche Nichtregierungsorganisationen (Mehr Demokratie e. V. und Attac), Gewerkschaften wie ver.di, Verbraucherschutzorganisatio-

nen, Umweltschutzorganisationen wie Greenpeace, der Deutsche Kulturrat und Parteien kritisieren TTIP massiv. Große Teile der Zivilgesellschaft konnten mobilisiert werden und protestierten gegen die Pläne der Regierungen. Sie forderten eine transparente Verhandlung und eine Ablehnung des Handelsabkommens in seiner gegenwärtigen Form.

An einer durch die EU durchgeführten Befragung zu TTIP haben sich Mitte Juli 2014 etwa 149.000 EU-Bürger\*innen beteiligt. Über 145.000 lehnten TTIP vollständig oder Teile davon ab. Am 10. Oktober 2015 protestierten bis zu 250.000 Menschen in Berlin gegen das Freihandelsabkommen. Am 17. September 2016 waren es rund 320.000 deutschlandweit.

Nach der Wahl von Donald Trump zum amerikanischen Präsidenten (8. November 2016) pausierten die Verhandlungen, aber TTIP ist nicht vom Tisch.

[www.attac.de/ttip](http://www.attac.de/ttip)

Publikation „Freihandel mit allen und um jeden Preis. Eine Kritik der EU-Handelspolitik“ der Rosa-Luxemburg-Stiftung auf [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)



USA 2020, Foto: Clay Banks/unsplash

## Unterdrückungsmuster

Die Gefangenen der ägyptischen Konterrevolution Von Hossam el-Hamalawy

Konterrevolution wird definiert als ein Prozess, mit dem die herrschende Elite einen Aufstand niederkämpft und versucht, die Kontrolle zurückzugewinnen, um ihre Privilegien zu verteidigen. Wenn sie damit erfolgreich ist, so lehrt es die Geschichte, werfen solche Konterrevolutionen eine Gesellschaft nicht nur zurück auf ihren vorherigen Status, vielmehr zurück auf null, wenn nicht tiefer: Für gewöhnlich wird alles weggefegt, was durch den kollektiven Prozess der Revolte für die Bürgerrechte erreicht wurde, und die Situation verschlechtert sich beinahe in jeder Hinsicht.

Bei dieser historischen Gesetzmäßigkeit bildet Ägypten leider keine Ausnahme. Was mit dem Aufstand 2011 als Weg zu progressiven Veränderungen begann, wurde durch den Putsch vom Juli 2013 in sein Gegenteil verkehrt. Unter der Führung von Abdel Fattah al-Sisi verübte das Militär das größte Massaker der jüngeren ägyptischen Geschichte. Friedliche Demonstranten fielen ihm ebenso zum Opfer wie politische Parteien, unabhängige Gewerkschaften, Graswurzel-Organisationen und Jugendnetzwerke.

Seit dem Putsch wurden mindestens 19 neue Gefängnisse gebaut, um die wachsende Schar politischer Gefangener zu beherbergen, deren Zahl bei mindestens 60.000 liegt, wie

unabhängige lokale und internationale Beobachter schätzen. Erstes Ziel der Maßnahmen war die islamistische Opposition, Reformer ebenso wie Radikale. Doch das Regime weitete seinen schmutzigen Feldzug schnell aus auf säkulare Linke, Liberale, Arbeiterführer, Menschenrechtsaktivist\*innen, Journalist\*innen, Blogger\*innen, Künstler\*innen, Studierende, ausländische Wissenschaftler\*innen, alle, die in sozialen Medien Kritik äußern – die Liste lässt sich endlos fortsetzen. Die meisten werden wegen „Terrorismus“ festgehalten, oder unter der ziemlich unspezifischen Anschuldigung, „Fake News“ zu verbreiten. Gleichzeitig wurde Untersuchungshaft unkontrolliert zu einer gängigen Praxis ausgeweitet.

Diese massiven Repressionen entspringen selbstverständlich der Panik, mit der die ägyptischen Eliten in Politik und Wirtschaft drei Jahre lang zusehen mussten, wie die Revolution ihre Interessen und Privilegien bedrohte. Seitdem agiert die Konterrevolution nach zwei unterschiedlichen Mustern: mit willkürlicher Gewalt sowie mit gezielten Angriffen auf die Führungspersonen der Opposition.

Zu Ersterem gehört, dass der Sicherheitsapparat Abertausende ägyptische Bürgerinnen und Bürger festhält, die nichts mit politischen Organisationen zu tun haben und erst recht

nicht an irgendwelchen Protestaktionen oder spontanen Streiks beteiligt waren. Die Arreste sind nicht unbedingt Polizei-Irrtümer, vielmehr übernimmt al-Sisis Regime durch derartigen Staatsterror die Taktik einer Besatzungsarmee, die für Ruhe in den Kolonialgebieten sorgt. Willkürliche nächtliche Festnahmen und Polizeikontrollen gehörten bereits zum Repertoire des Mubarak-Regimes, das damit in den 1990er Jahren den ersten schmutzigen Bürgerkrieg begann. Diese Erfahrung wiederholt sich seit 2013 im Turbogang.

Die zwei wichtigsten Proteste im Herbst 2019 und 2020 waren überwiegend spontan, oder präziser: unabhängig von den verbliebenen politischen Kräften. Wie immer reagierten die Sicherheitskräfte mit aller Härte und nahmen Tausende fest, von denen die allerwenigsten politisch organisiert waren. Für Erstaunen sorgte allerdings eine groß angelegte Festnahme-Kampagne unter altgedienten politischen Veteranen. Nicht nur, weil sie mit den aktuellen Protesten überhaupt nichts zu tun hatten, sondern auch, weil die meisten von ihnen aus unterschiedlichsten Gründen, vor allem Demoralisierung, schon seit Jahren nicht mehr aktiv waren.

Aus Sicht von al-Sisis Sicherheitsapparat allerdings ist dieser Angriff auf ehemalige wie

aktive Kader weder unprofessionell noch eine Überreaktion. Denn spontane Proteste allein bringen ein Regime nicht zu Fall. Und al-Sisi wusste, dass es trotz ihrer Heftigkeit eine Grenze gibt, die sie allein nicht überwinden können. Erst durch die Intervention von Organisationen wie Parteien, Gewerkschaften, Netzwerken und Bewegungen lassen sich Proteste langfristig am Leben halten, politische Programme formulieren und lässt sich aus der Protestbewegung eine realistische Alternative zum herrschenden Regime formen. Dieses Risiko geht al-Sisi nicht ein. Verglichen mit 2013/2014, als tatsächlich noch große Teile der Bevölkerung seinen rosigen Prohezeiungen glaubten, ist al-Sisis Popularität 2021 deutlich gesunken. Doch diese Desillusionierung wird sich weder heute noch in naher Zukunft automatisch in Massenproteste verwandeln.

Vereinzelte gab es zwar Proteste und Streiks aus unterschiedlichsten Gründen, wie Wohnungsnot, Gentrifizierung oder Auflösung und Privatisierung staatlicher Einrichtungen. Aber bis diese eher kleinen Aktionen gegen Industrie und Politik die Dimensionen erreichen, die sie vor 2013 hatten, fehlt noch ein ganzes Stück. Der Schlüssel zu einem Wiedererstarken besteht auch in der Wiederbelebung von Dissidenten-Netzwerken, die trotz ihrer Niederlage reichhaltige Erfahrungen gesammelt haben. Aus diesem Grund entzieht al-Sisi der Opposition weiterhin Ressourcen, Kader und den Nachwuchs.

Verglichen mit den großen Hoffnungen vor zehn Jahren bietet Ägypten heute in vielfacher Hinsicht ein trostloses Bild. Aber wenn 2011 das Ergebnis eines zehn Jahren dauernden Sammlungsprozesses war, gibt es eben auch keine Garantie, dass al-Sisis Konterrevolution für immer Bestand hat. Denn sie hat die strukturellen Probleme, die vor zehn Jahren die Revolte auslösten, nur noch verstärkt, insbesondere Polizeigewalt und soziale Ungerechtigkeit. Die Bedingungen für einen zukünftigen Aufstand sind also objektiv gegeben. Was ihn beschleunigen könnte, sind hartnäckige Kampagnen zur Freilassung möglichst vieler politischer Aktivist\*innen und Aktivistinnen. Bei dieser Aufgabe erwarten wir die Solidarität internationaler Aktivist\*innen in Deutschland und anderswo. Wir brauchen eure Lobbyarbeit: Ihr müsst eure Regierungen dazu bewegen, al-Sisis Militär- und Sicherheitsapparat nicht länger zu unterstützen! Verbreitet die Informationen über die politischen Gefangenen in Ägypten und fordert deren Freilassung!

**Hossam el-Hamalawy** ist Journalist und Aktivist der „Revolutionary Socialists“ in Ägypten. Er betreibt den Blog [arabawy.org](http://arabawy.org).

## Stabilität für Despoten

Der Umgang mit Ägypten zeigt: Geschäft schlägt Demokratie.

Von Christine Buchholz

Zehn Jahre ist es her, dass Streiks und Massendemonstrationen Diktatoren in Nordafrika aus dem Amt fegten. Als ich im September 2012 nach Ägypten reiste, spürte ich, wie die Erfahrung der Revolution den Menschen neue Hoffnung auf tiefgreifende gesellschaftliche Veränderung gab.

Im Mai 2011 hatte sogar Kanzlerin Merkel im Bundestag gesagt: „Es ist deshalb eine historische europäische Verpflichtung, den Menschen, die heute in Nordafrika und in Teilen der arabischen Welt auf die Straße gehen, zur Seite zu stehen.“

Doch die Bundesregierung stand zu keiner Zeit an der Seite der Menschen in Nordafrika und der arabischen Welt. Im Gegenteil: Von der Bundesregierung mit vorangetriebene neoliberale Strukturanpassungsprogramme im Rahmen der EU-Nachbarschaftspolitik vernichteten Arbeitsplätze und soziale Sicherungssysteme und befeuerten die Unzufriedenheit der Massen in der Region. Unter dem Motto „Stabilitätssicherung“ hat die Bundesregierung außerdem Despoten wie Hosni Mubarak mit Waffen versorgt und deren Sicherheitskräfte aufgebaut.

Nach dem Putsch von Abdel Fattah al-Sisi ist die Lage in Ägypten heute katastrophaler als unter Mubarak: 60.000 politische Gefangene jeder politischen Couleur sollen sich in Haft befinden, Folter ist an der Tagesordnung, auf dem Sinai wird die Zivilbevölkerung Opfer eines brutalen „Kriegs gegen den Terror“. Dessen ungeachtet unterhält die Bundesregierung gute Beziehungen zur ägyptischen Militärdiktatur. Ende letzten Jahres erhielt der ehemalige ägyptische Botschafter das Bundesverdienstkreuz, und für al-Sisi wird in Berlin regelmäßig der rote Teppich ausgerollt.

Gemeinsam mit anderen Abgeordneten habe ich in einem Aufruf zur Solidarität mit politischen Gefangenen in Ägypten die Bundesregierung aufgefordert, die Unterstützung für die ägyptische Militärdiktatur einzustellen. Das Auswärtige Amt sah sich genötigt, zu antworten, und räumte ein: „Die Unterdrückung Oppositioneller, der Zivilgesellschaft und der freien Presse trägt [...] nicht zur Stabilität Ägyptens bei.“ Dennoch führe man die Kooperation fort, da Ägypten als „regionaler Akteur mit Einfluss auf die Stabilität in der Region“ ein wichtiger Partner der Bundesregierung sei.

Um Stabilität für wen und für was geht es der Bundesregierung? Wirtschaftlich ist Ägyptens Energiesektor ein wichtiger Markt für deutsche Unternehmen. Erst im Januar unterzeichnete Siemens mit der ägyptischen Regierung einen Milliardendeal für das erste Hochgeschwindigkeits-Zugnetz des Landes.

Ein anderer Grund ist der Kampf gegen Geflüchtete. Ägypten hat seine Seegrenzen hermetisch abriegelt und ist damit ein Musterbeispiel für den Kurs der europäischen Migrationsabwehr. Mit dem gemeinsamen „Kampf gegen den Terror“ rechtfertigt die Bundesregierung das bilaterale Sicherheitsabkommen, in dessen Rahmen Sicherheitskräfte ausgebildet und mit Sicherheitstechnologien ausgestattet werden. Im vergangenen Jahr war Ägypten Nummer eins der Empfänger deutscher Kriegswaffenexporte.

Dabei beteiligt sich Ägypten an der Seite Saudi-Arabiens am verheerenden Jemenkrieg und unterstützt in Libyen die Regierung von General Haftar. Außerdem vertiefen der Sudan und Ägypten derzeit ihre Militärkooperation, was angesichts der Spannungen mit Äthiopien um den Nil-Staudamm und militärischer Auseinandersetzungen an der sudanesisch-äthiopischen Grenze verheerende Auswirkungen auf die Region zu haben droht.

Auch im Sudan hat die Bundesregierung jahrelang den Diktator Omar al-Baschir unterstützt, im Gegenzug hat er seine berüchtigten Dschandschawid-Milizen – nun unter dem Namen „Rapid Support Forces“ – als Grenztruppe eingesetzt. Im Namen der „Stabilität“ unterstützt die Bundesregierung die Übergangsregierung, innerhalb derer die Rapid Support Forces eine dominierende Rolle einnehmen.

In Ägypten, im Sudan und anderswo sind die Ursachen der Revolutionen nicht beseitigt – und trotz der massiven Repression formiert sich Widerstand. Solidarität mit den Bewegungen in der Region heißt: nein zur neoliberalen Wirtschaftspolitik der Bundesregierung, nein zur Aufrüstung von Diktaturen unter dem Deckmantel der „Stabilitätssicherung“, nein zum europäischen Grenz- und Migrationsregime und nein zum sogenannten Krieg gegen den Terror.

**Christine Buchholz** ist Mitglied der Linksfraktion des Deutschen Bundestages.



Indigene protestieren in Ecuador gegen Auflagen des IWF, Oktober 2019, Foto: Miriam Lang

## Protagonist einer neuen Form

Willi Münzenberg und die transnationale Solidarität der Zwischenkriegszeit Von Vincent Körner

Als im August 1921 in Berlin das Auslandskomitee zur Organisierung der Arbeiterhilfe für die Hungernden in Sowjetrußland gegründet wurde, zeichnete sich noch nicht ab, welche Rolle die linke überparteiliche Hilfsorganisation – kurz IAH – in der Zwischenkriegszeit und darüber hinaus spielen würde. Verbunden ist die Geschichte der Organisation mit einem Namen: Willi Münzenberg.

„Die von ihm initiierten oder zusammengehaltenen Netzwerke umfassten weltweit nichtstaatliche kulturelle und politische Solidaritätsorganisationen, die als ‚Sonnensystem der Komintern‘ (so Komintern-Sekretär Otto Wille Kuusinen) zum wichtigsten transnationalen und transkulturellen, anti-kolonialen und anti-imperialistischen ‚Zwischenreich‘ der 1920er und 1930er Jahren wurden“, schreiben Bernhard H. Bayerlein, Kasper Braskén und Uwe Sonnenberg in der Einführung zu dem von ihnen herausgegebenen Sammelband zum Ersten Internationalen Willi-Münzenberg-Kongress. Der fand 2015 in Berlin statt, mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung und des Münzenberg Forums Berlin. Im Zentrum: „Globale Räume für radikale transnationale Solidarität“.

Die Umsetzung der Idee einer Internationalen Arbeiterhilfe war Münzenbergs größtes Lebenswerk. Am Beginn stand eine Hilfsaktion für die infolge des Bürgerkrieges Hunger Leidenden in Rußland. „Den pazifistischen und

christlichen Hilfsaktionen, so die Maßgabe Lenins, sollte eine proletarische und kommunistisch beeinflusste entgegen- oder wenigstens an die Seite gestellt werden. Der Beitrag der IAH zur humanitären Hilfe für die Sowjetunion erreichte zwar bei weitem nicht den Umfang der Hilfe seitens des Internationalen Roten Kreuzes und anderer Hilfsorganisationen“, so Bayerlein, Braskén und Sonnenberg. Die IAH konnte während der Hungersnot für Lieferungen rund fünf Millionen Dollar aufbringen. Münzenberg sei es aber gelungen, die IAH „zu einer politisch-kulturellen und sozial umfassenden Kampagnenorganisation“ zu formen, die relativ unabhängig von parteikommunistischer Kontrolle „weltweit Kinderheime und Suppenküchen sowie ein Presseimperium und Filmproduktionsanlagen unterhielt“.

Auf Münzenbergs Ideen gehen mehrere internationale Netzwerke zurück, die sich in antikapitalistischem, antikolonialem und antirassistischem Geiste für internationale Solidarität engagierten. Zu erinnern ist hier etwa an das in den 1920er Jahren aufgebaute Komitee „Gegen die Grausamkeiten in Syrien“ oder die „Liga gegen Imperialismus und für nationale Selbstbestimmung“ von 1926.

Münzenberg konnte dabei seine Qualitäten ausspielen: grenzüberschreitende Bündnisarbeit „öffentlichkeitswirksam, offen und damit anschlussfähig ebenso für Intellektuelle und andere linke Strömungen“ zu organisieren.

„In der zunehmend stalinisierten kommunistischen Bewegung hatte sich Münzenberg als Generalsekretär der IAH eine ungewöhnliche Handlungsfreiheit bewahrt“, so Bayerlein, Braskén und Sonnenberg. Gleichwohl blieben die Organisationen der Solidarität und des Internationalismus „im Kräftedreieck kommunistischer Parteien, sowjetischer Politik wie auch der Komintern“ und „waren somit gerade von innen anfällig“.

Münzenbergs spätere Opposition gegen den Stalinismus führte in „für ihn schmerzhaft und langwierige Prozesse“, die sich „bis zu seinem (statutenwidrigen) Ausschluss aus dem Zentralkomitee der KPD 1938 und seinem eigenen Austritt aus der Partei im März 1939“ hinzogen. Gut ein Jahr später fand Münzenberg unter bis heute nicht endgültig geklärten Umständen den Tod, in Frankreich, wohin er vor den Nazis geflohen war und wo er „angesichts des auch außerhalb der Sowjetunion ausgreifenden NKWD-Terrors um sein Leben“ fürchtete. Seine herausragende Rolle als „Protagonist einer neuen Form transnationaler Solidaritätsbewegungen“ bleibt in Erinnerung.

Bernhard H. Bayerlein, Kasper Braskén und Uwe Sonnenberg (Hrsg.) **Globale Räume für radikale transnationale Solidarität. Beiträge zum Ersten Internationalen Willi-Münzenberg-Kongress 2015** Berlin 2018. Mehr unter: [muenzenbergforum.de](http://muenzenbergforum.de)

# Wind of Change

Begann 1989 eine internationale Bewegung? Zur globalen Dimension einer Zeitenwende

Von Kim Schröther

An der Rockballade „Wind of Change“ der Band Scorpions ist weniger die künstlerische Qualität von Belang als die Tatsache, dass es sich um eine der international erfolgreichsten deutschen Musikproduktionen handelt. Inspiriert von Eindrücken des Sängers Klaus Meine beim Moscow Music Peace Festival im August 1989 im Lenin-Stadion, machte der Song ab Ende 1990 Weltkarriere. „Das Lied ist meine persönliche Aufarbeitung dessen, was in den letzten Jahren in der Welt passiert ist“, so hat Meine später zurückgeblickt. Je länger die Zeitenwende, die mit der Chiffre „1989“ verbunden ist, zurückliegt, desto mehr wurde das Lied in ungezählten Dokumentationen und Rückblick-Sendungen zur thematischen Erkennungsmelodie: Hört, da kommt jetzt was von damals.

Kann man aber überhaupt von einem gemeinsamen „Wind des Wandels“ sprechen, der die zahlreichen Umbrüche und Revolutionen, Befreiungen und Pfadwechsel jener Zeit zwischen den späten 1980er und den frühen 1990er Jahren verbindet? Die Historikerin Angela Siebold hat über die globale Dimension von „1989“ geforscht und betont den Doppelcharakter: Es habe Ähnlichkeiten der Protestbewegungen gegeben, zugleich aber auch starke Unterschiede. „Keiner dieser nationalen Aufbrüche verlief genauso wie die anderen. Wir haben es von Fall zu Fall mit sehr unterschiedlichen Akteuren zu tun. Außerdem sind die einzelnen zeitlichen Verläufe nicht unbedingt ähnlich, ebenso wie die Wahrnehmungen des Wandels: Eine anfängliche Befreiungseuphorie konnte schnell umschlagen, etwa weil die ökonomischen Freiheiten nicht nur Positives, sondern neue soziale Ungerechtigkeiten mit sich brachten. Aber auch diese Risiken wirkten ja von Land zu Land unterschiedlich.“

Erinnern wir uns: Anfang 1990 wird Nelson Mandela nach seiner fast drei Jahrzehnte andauernden Haft freigelassen und das Ende der Apartheid in Südafrika verkündet. In China wird das Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking zum Symbol für eine „veränderte Konstanz“ autoritärer Parteiherr-

schaft. Namibia wird unabhängig, in Angola werden die Truppen abgezogen, in Sierra Leone, Algerien, Liberia und Ruanda führen die Entwicklungen des Jahres 1989 zu Gewalt. Venezuela erlebt den Caracazo-Aufstand, die USA „intervenieren“ in Panama, in Chile kommt es nach Jahrzehnten der Diktatur zu freien Wahlen, in Nicaragua endet der Contra-Krieg. In Afghanistan folgt auf den Truppenabzug die Zuspitzung innerer Konflikte, die äußere Mächte in ihrem Interesse mobilisieren. 1990 bricht im Irak der Zweite Golfkrieg aus. Und in Osteuropa zersplittert der bisherige Staatssozialismus zu einem Scherbenhaufen diverser Transformationen – „1989“ bringt so den Krieg nach Europa zurück: in Jugoslawien. Und das ist nur ein Ausschnitt aus einem noch viel umfangreicheren Mosaik.

Eine klare Deutung von „1989“, so Siebold, sei schwierig. Siebold hat in einer früheren Ausgabe von „maldekstra“ auf Timothy Garton Ash verwiesen, der von einem „annus mirabilis“ sprach, von einem Wunderjahr. „Warum kam eine Umbruchstimmung in vielen Ländern zur selben Zeit auf? Veränderungen in vielen Ländern Europas, aber auch in den USA, in der Sowjetunion – ja, die ganze Welt war involviert, und das setzte eine gemeinsame Dynamik frei. Von einer großen gemeinsamen Revolution kann man aber trotzdem nicht sprechen. Das wäre eine geschichtspolitische Konstruktion, die der Komplexität nicht angemessen wäre.“

Das schließt einerseits nicht aus, die Verflechtungen einzelner nationaler Umbrüche zur Kenntnis zu nehmen. Selbstredend hatte die Reformpolitik Michail Gorbatschows in der Sowjetunion starke Auswirkungen auf andere Länder. Auch lässt sich in der politischen Ökonomie eine Art „Gewebe ähnlicher Voraussetzungen“ für die Entwicklungen erkennen, das auf die materielle Basis der einzelnen Proteste und Revolutionen hinweist. Nicht zu vergessen: Durch das kommunikative Zusammenrücken der Welt wurde unmittelbar und schnell erfahrbar, was an anderen Ecken der Welt passierte – und das blieb nicht folgenlos.

Man kennt etwa Berichte, laut denen die Aufständischen in Kaschmir gegen die indische Regierung von Fernsehbildern aus Europa motiviert waren. Wie sich das genau auswirkte, darüber fehlen Forschungen.

Aus der Sicht von heute, wo ein neuer Autoritarismus immer noch starke Bastionen hat und emanzipatorische Bewegungen weltweit gegen Regime aufbegehren, mag das Verständnis der Umbrüche von damals auch politisch hilfreich sein. „In scheinbar unwiderstehlicher Weise kam es in den Jahren 1988 bis 1992 zu einer Welle politischer Befreiung und der Durchsetzung demokratischer Herrschaftsformen gegen traditionelle autokratisch regierende Eliten“, so der Historiker Marko Demantowsky.

Will man diese Entwicklung nicht zu einer vereinfachenden geschichtspolitischen Legitimationserzählung verstricken, bleibt nur der sehr genaue, unterscheidende Blick. Denn es geht nicht „etwas“ zu Ende, sondern sehr Unterschiedliches: ultrakonservative Militärregime wie in Taiwan, rassistische Minderheitendiktaturen wie in Südafrika, postkoloniale west- oder ostorientierte Diktaturen, zwischen Ost und West lavierende Ordnungen wie in Jugoslawien oder fremde Militärokkupationen wie in Eritrea.

Demantowsky hat auf die Rolle hingewiesen, welche die jeweilige „Raumperspektive“ beim Verstehen von „1989“ spielt: Es kommt eben darauf an, „ob wir es aus deutscher, ostmitteleuropäischer, nordatlantischer oder globaler Perspektive zu erfassen suchen“. Entscheidend dürfte sein, „1989“ weder mit einem national verengten Blick etwa als „deutsch-deutschen Umbruch“ aus seinen internationalen Verwebungen zu isolieren noch die Interpretation der historischen Zeitenwende als „globale Protestbewegung“, als gleichsam internationales Ereignis zu überdehnen. Dass ein „Wind of Change“ international große Veränderungen antrieb, ist unbestritten. Doch wer ihn entfachte, lenkte und zu welchen Ergebnissen das führte, hat oft einen ganz eigenen Charakter.

## Demokratiebewegung Weißrussland

Die Proteste in Weißrussland 2020 sind die größten Massendemonstrationen seit Ausrufung der Republik Belarus im Jahr 1991. Ausgangspunkt war die Präsidentschaftswahl 2020. Sie galt international weitgehend als Scheinwahl, weil relevante Gegenkandidaten im Vorfeld festgenommen wurden und Wahlmanipulation nachgewiesen wurde. Die Massenproteste hatten aber schon vor der Präsidentschaftswahl begonnen.

Neben den repressiven Maßnahmen der Regierung Aljaksandr Lukaschenkas und der offensichtlichen Wahlfälschung gibt es zahlreiche

wirtschaftliche und politische Gründe für die Proteste: die wirtschaftliche Abhängigkeit von Russland, sinkende Ölpreise, eine eingeschränkte Subventionspolitik Russlands, die zur Verringerung der Staatseinnahmen führt, sowie ein Missmanagement in der COVID-19-Pandemie.

Die Proteste halten bis heute an, mindestens 12.000 Menschen wurden festgenommen. Vielen westlichen Journalisten wurde die Arbeitserlaubnis beziehungsweise Akkreditierung entzogen.

Im August 2020 einigten sich die EU-Außenminister auf Sanktionen gegenüber Unterstützern Lukaschenkas.

# Ist es möglich?

Revolutionäre Bewegungen im Mittleren Osten und in Nordafrika: neue Chancen für antikapitalistischen Protest Von Dina El-Sharnouby

Zehn Jahre sind vergangen, seitdem wir uns zum ersten Mal in Ägyptens moderner Geschichte auf die Straße wagten, um einen Diktator zu stürzen. Wie die Tunesier davor und weitere Länder in der Region – darunter Syrien, Libyen, Bahrain, Jemen – danach hat sich die Bevölkerung gegen die Diktatur vereint. Dieser Prozess des Aufstehens und Protestierens in der Region ist ein einmaliges Erlebnis und Ereignis, für das Tausende ihr Leben gegeben haben. Nicht nur wurden viele von der Polizei getötet, sondern Hunderte sitzen heute in den Gefängnissen und werden gefoltert, weil sie es gewagt haben, die Legitimität des Präsidenten in Frage zu stellen. Was haben diese Umbrüche gebracht, wenn heute die Konterrevolution versucht, all das, was vor zehn Jahren geschehen ist, zu vernichten und vergessen zu machen? Was haben diese Bewegungen gemeinsam?

Zwei zusammenhängende Hauptgründe führten zu den Aufbrüchen: die wirtschaftliche Situation und die repressive Politik. Nach der Schuldenkrise von 1980 und den damit verbundenen, vom IWF gesponserten Strukturanpassungsprogrammen hat sich das tägliche Leben vor allem der Jugendlichen in der Region stark verändert. Durch die neoliberalen Reformen wurden die Privatisierung der staatlichen Unternehmen, die Liberalisierung des Marktes und die Deregulierung des Arbeitsmarkts vorangetrieben, mit katastrophalen Folgen.

Allein 1991 wurden in Ägypten 314 Staatsunternehmen privatisiert. Kurzzeitverträge traten an die Stelle von festen Arbeitsplätzen, woraufhin die Arbeitslosenrate enorm anstieg. Die offiziellen Arbeitslosenzahlen stiegen in Ägypten, Jordanien, im Libanon, in Marokko, Syrien und Tunesien 2008 im Durchschnitt um 11 Prozent (die Dunkelziffer liegt sicher höher). Weltweit ist das die höchste Rate, in keiner anderen Region erreicht.

Vor allem Jugendliche im Alter zwischen 15 und 24 litten (und leiden) darunter. Viele wurden von ihren Familien abhängig, hatten Schwierigkeiten, zu heiraten und eine eigene Familie zu gründen, keine Möglichkeit, zu reisen und die Welt zu entdecken. Gleichzeitig wurden Militär und Polizei immer weiter gestärkt. Das ägyptische Militär ist nach dem israelischen der zweitgrößte Empfänger von Auslandshilfe der USA. Es erhielt zwischen 1946 und 2017 insgesamt 79 Milliarden US-Dollar. Das Budget des Innenministeriums erhöhte sich seit 1990 ständig und überschritt so das Budget, das für Bildung und Gesundheitswesen zusammen zur Verfügung stand.

Vor allem die Generation, die in den 1980er Jahren geboren ist, wuchs in einer widersprüchlichen Situation auf, was 2010 zur sozialen Explosion in Tunesien führte. Zum einen stieg die Arbeitslosenrate, und die Hoffnung, ein eigenes Leben aufzubauen, sank. Zum anderen wurde jegliche Form des Protests durch

Polizeirepression unterwandert. Während in Tunesien 2010 und später im Sudan 2018 die wirtschaftlichen Gründe der zentrale Auslöser der revolutionären Bewegung waren, gingen die Menschen in Ägypten und Syrien gegen Polizeirepression auf die Straße.

Viele reden von den „Demokratiebewegungen“ in der Region, um die Aufbrüche und Massenbewegungen zu definieren und zu verstehen. Dementsprechend fokussiert sich die Analyse auf das politische Feld und den Willen des Volkes, zum Beispiel durch Wahlen Erfolge zu erringen. Die Bewegungen als Demokratiebewegungen zu definieren birgt jedoch das Risiko, sie auf politische Fragen zu reduzieren und von der wirtschaftlichen Frage zu trennen.

Der Neoliberalismus, der nur ein neuer Ausdruck des Kapitalismus ist, hat nicht nur die Menschen im Nahen Osten und in Nordafrika dazu bewogen, auf die Straßen zu gehen. Die Auswirkungen der neoliberalen Austeritätspolitik machen sich auch in Lateinamerika und in Europa, beispielsweise in Griechenland, bemerkbar. Gleichzeitig formieren sich heute weltweit Proteste gegen Polizeigewalt. Wir sollten diese Bewegungen daher besser als revolutionäre Bewegungen bezeichnen, womit das Politische und das Wirtschaftliche wieder verbunden und die gemeinsamen Gründe bezeichnet werden.

Außerdem verweist der Begriff der revolutionären Bewegung im Gegensatz zur De-

## G20-Proteste

Die Proteste finden an den Tagen und Orten der G20-Gipfeltreffen statt (Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer). Die Protestierenden stellen in Frage, dass die Staats- und Regierungschefs der G20-Länder die richtigen Antworten auf die drängenden globalen Herausforderungen haben. Sie haben sich auf vier zentrale Forderungen geeinigt:

- Gerechter Welthandel (die G20 stärken die Macht großer Konzerne, statt sie zu begrenzen)
- Erneuerbare Energien (die G20 kämpfen nicht entschieden genug gegen den Klimawandel)
- Soziale Gerechtigkeit (die G20 sollen mehr gegen die soziale Ungleichheit weltweit tun)
- Mehr Demokratie (angesichts autoritärer Züge und fortschreitenden Rechtspopulismus in einzelnen G20-Staaten sei mehr Demokratie notwendig)

Im Juli 2017 fand in Hamburg das zwölfte Treffen der 20 Industriestaaten statt. Bis zu 80.000 Menschen protestierten, rund 31.000 Polizist\*innen waren im Einsatz. Hamburg stand in einer sehr langen Geschichte der Proteste gegen die internationalen Gipfeltreffen der führenden Industrienationen und Schwellenländer, die in die 1980er Jahre zurückreicht. In Deutschland markierte ein gemeinsames Treffen

von Weltbank und Internationalem Währungsfonds im Jahr 1988 den Beginn der Proteste. Verschiedene soziale Bewegungen mobilisierten gegen eine ungerechte Weltwirtschaft und Machtbeziehungen, die Ungleichheit verschärfen. Internationalistische, ökologische, feministische Bewegungen fanden sich in diesem gemeinsamen Protest zusammen – Alternativgipfel, Großdemonstrationen, störende, teilweise auch militante Aktionen fanden statt. Mit der Ruhe der Gipfeltreffen hinter verschlossenen Türen war es vorbei. Die zunehmende Verlagerung von Entscheidungsmacht auf internationaler Ebene auf die Wirtschafts- und Finanzebene, die Ausrichtung dieser Entscheidungen an den Interessen global agierender Konzerne, die Verschiebung der Machtverhältnisse weg von parlamentarischen Ebenen und demokratischer Mitbestimmung sind Anlass der immer wieder im Umfeld der Gipfeltreffen aufflammenden Protestwellen.

Seit es die Proteste gibt, sind die Gipfeltreffen große Medienereignisse, Hamburg 2017 bildet dabei einen vorläufigen Höhepunkt. Wie auch in Genua 2001 ging die Polizei mit massiver Gewalt gegen die Protestierenden vor. Dies scheint weiterhin das Mittel der Wahl zu sein, was nicht verhindern wird, dass die G20-Proteste weitergehen. <https://g20.protestinstitut.eu>  
<https://www.g20hamburg.org/>



Protest gegen den Militärputsch in Myanmar, Februar 2021, Foto: Stringer/Anadolu Agency/dpa

mokratiebewegung auf eine Öffnung und die Vorstellung von einer neuen globalen Gesellschaft. Während die Idee der Demokratiebewegung den Endpunkt dieser Bewegungen in der demokratischen Transformation sieht, öffnet sich die revolutionäre Bewegung, indem sich das Bewusstsein, die Subjektivität der Menschen verändert, dem System gegenüber kritisch bleibt und Änderung durch Massenbewegung anstrebt. Der politische Grund, gegen Repression auf die Straße zu gehen, war in diesem Sinne also nur der Anstoß, der spezifische Ausdruck des Protests der Massen gegen das System.

Die Aufbrüche im Mittleren Osten und in Nordafrika waren nur der Anfang einer langen revolutionären Bewegung. Auch wenn die Aufbrüche in der Region nicht dazu geführt haben, dass die Machthaber sich in ihrer militärischen Verkörperung der Regime geändert haben, hat sich auf der subjektiven Ebene der Menschen in der Region sehr viel verändert. Vor allem bei denen, die Teil der revolutionären

Bewegungen waren. Durch den Sturz der Diktatoren in der Region hat sich die Beziehung zum jeweiligen Führer des Landes geändert. In der temporären Besetzung der Verschiedenen konnte sich jede und jeder selbst repräsentieren – im Gegensatz zur staatlichen Repräsentation der Bevölkerung durch den Führer.

Als eine Masse sind diese Individuen zusammengefließen und versuchten, ihre Vorstellung von Gemeinsamkeit, ihre Hoffnungen und ihr Leid selbst zu repräsentieren, etwa indem sie Graffiti an die Wände malten, Straßen putzten, Koalitionen in den verschiedenen Bezirken gründeten, Ärzte die verletzten Demonstrant\*innen behandelten.

Während die Beziehung zwischen Führer und Volk seit den Unabhängigkeitsbewegungen in den 1950er und 1960er Jahren auf „Vertrauen“ in den Führer basierte, hat sich diese Beziehung in der Region ein für alle Mal geändert. Jetzt ist allen, die protestiert haben, klar, dass dies möglich ist – der Führer ist nicht

mehr unantastbar. Den Mut aufzubringen, sich gegen diese brutalen Regime zu stellen, war ein wichtiger Anfang, der vor zehn Jahren gemacht wurde und es ermöglicht hat, sich eine neue Gesellschaft vorzustellen.

Die Leute im Nahen Osten und in Nordafrika sind auf die Straße gegangen im Protest gegen Repression. In diesem Sinne rufen die Menschen zu einer Demokratisierung der Regime auf. Es ist jedoch klar, dass dies nicht zustande kommen wird, wenn sich die wirtschaftliche Situation nicht verändert. Dies ist die größere Herausforderung, die all die Bewegungen vereint: der Kampf gegen den Kapitalismus, eine neue Vorstellung des gemeinsamen Lebens und der eigenen Repräsentation.

**Dina El-Sharnouby** lebt in Kairo und Berlin, promovierte in Politikwissenschaften über Demokratie, Revolution und die Rolle der Jugend in Ägypten. Eine Langfassung des Textes kann auf [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de) gelesen werden.

# Kämpfe um Würde und Selbstbestimmung

Das afrikanische Erwachen rund um 2011 – viel mehr als eine Randnotiz Von Franza Drechsel

Der Guardian fragte: „Ist 2011 ein Jahr, das die Welt verändern wird?“, und stellte eine Analogie zu 1968 und 1989 her. Rund um die Arabellion gab es 2011 Aufstände und Massenbewegungen in so vielen Ländern weltweit, dass es müßig ist, sie aufzuzählen. In den Listen der gängigen westlichen Zeitungen fehlt aber eine Reihe afrikanischer Länder, in denen in dem Jahr Menschen auf die Straßen gingen, darunter Algerien, Angola, Benin, Botswana, Burkina Faso, Dschibuti, Elfenbeinküste, Eswatini (früher Swasiland), Gabun, Kamerun, Kenia, Madagaskar, Malawi, Mali, Marokko, Mauretanien, Mosambik, Namibia, Senegal, Simbabwe, Somalia, Sudan, Südafrika, Togo, Uganda, Westsahara und möglicherweise weitere Länder Afrikas, die mir entgangen sind, einfach weil es so viele sind.

Firoze Manji, kenianischer Autor und Aktivist, ordnete 2014 die Proteste als „geballte Antwort auf eine gemeinsame Erfahrung der letzten 30 Jahre“ ein. Denn nachdem die meisten Länder Afrikas in den 1960er Jahren unabhängig wurden, schlugen in den 1980er Jahren die neoliberalen Politiken der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds zu. Strukturanpassungsprogramme trugen dazu bei, dass die Rolle staatlicher Akteure stetig geringer wurde. Statt öffentliche Dienstleistungen sicherzustellen, legten die Regierenden mehr und mehr Augenmerk darauf, möglichst hohe Direktinvestitionen aus dem Ausland anzuziehen und Schulden abzubauen. Privatisierung nahm nicht nur den Regierungen Handlungsspielraum, Bürger\*innen konnten auch immer weniger über ihre eigene Zukunft entscheiden.

Zwar wurden in den 1990er Jahren liberale politische Rechte durchgesetzt, doch bieten Wahlen kaum Möglichkeiten, die politischen Belange zu beeinflussen. Welche Elite sich den Zugang zur Macht sichert, macht für die

Mehrheit der Menschen keinen Unterschied, und weil die Wahlprogramme sich stark ähneln, gibt es auch kaum einen öffentlichen politischen Diskurs. Die Liberalisierung politischer Rechte brachte also kein besseres Leben mit sich (im Gegenteil), nährte aber Erwartungen in Bezug auf genau dieses.

Die Wut über unerfüllte Versprechen brach sich schließlich Bahn – aber nicht erst 2011, wie es oft dargestellt wird. Auch wenn das Jahr besonders hervorsticht: Protestbewegungen entstehen nicht aus dem Nichts. Widerstand „gegen das teure Leben“ in Burkina Faso (2008) oder die Bewegung von Bäuer\*innen für Ernährungssouveränität im Senegal und Mali (2007) sind nur zwei Beispiele für eine Reihe von Mobilisierungen, die im Vorfeld des großen Protestjahres stattfanden und die Grundlage für die Eruptionen 2011 bildeten. Diese entflammten an unterschiedlichen Punkten, können in Anlehnung an Sokari Ekine, nigerianische Aktivistin und Bloggerin, jedoch vor allem als Antworten auf Ernährungsunsicherheit, zunehmende Arbeitslosigkeit, politische Marginalisierung, Korruption sowie als Widerstand gegen Herrschaft auf Lebenszeit gelesen werden.

So wie es vor 2011 Proteste gab, hielten sie auch danach noch an. Sie führten 2012 zu einem Regierungswechsel im Senegal und zu „Occupy Nigeria“. 2013 kam es in fast allen afrikanischen Ländern zu öffentlichen Protesten, sogar in Ländern wie Angola, wo besonders starke staatliche Repression die Antwort war. Auch die erfolgreichen Aufstände in Burkina Faso 2014, Proteste gegen die Regierung in Burundi sowie gegen eine dritte Amtszeit in der Demokratischen Republik Kongo 2015, der Regierungswechsel in Gambia und der neue Präsident in Angola 2017 oder die Revolutionen im Sudan und in Algerien 2019 sind als Ausläufer der kumulierten Proteste von 2011 zu verstehen.

Doch die sozioökonomischen Bedingungen der letzten Jahrzehnte entfachten den Wunsch nach Würde und Selbstbestimmung nicht nur in emanzipatorischen Bewegungen. Ebenso wie im arabischen Raum erfuhren auch im Afrika südlich der Sahara fundamentalistische Strömungen einen Auftrieb. Die anhaltende Sicherheitskrise in der Sahelregion lässt sich genauso auf mangelnde ökonomisch-politische Selbstbestimmung zurückführen wie die Landlosenbewegung im südlichen Afrika.

Obwohl vieles erreicht werden konnte, haben die Proteste ökonomische und politische Krisen sichtbar gemacht. Denn auch wenn es zum Teil neue Regierungen gibt, erfüllen sie noch immer nicht die Erwartungen hinsichtlich eines besseren Lebens. Pessimist\*innen sagen eine Zunahme staatlicher Krisen wie in Libyen und Mali vorher. Leider führen auch diese nicht zu besseren Lebensbedingungen. Die Klimakrise und die durch Corona verschärfte Schuldenkrise lassen die Erwartungen an die Regierungen noch steigen und die Enttäuschungen wachsen.

Dem letzten großen Protestjahr waren die Finanzkrise und der Beginn einer harten Austeritätspolitik vorausgegangen. Wenn Austerität wieder die Antwort auf die aktuelle weltweite ökonomische Krise ist, können wir schon jetzt erahnen, dass das nächste Protestjahr nicht lange auf sich warten lassen wird. In den Ländern Afrikas ebenso wenig wie anderswo auf der Welt.

[www.climatejusticecentral.org/](http://www.climatejusticecentral.org/)  
<http://blacklooks.org/>

**Franza Drechsel** ist Projektmanagerin und Referentin für Westafrika in der Rosa-Luxemburg-Stiftung. 2011 saß sie als Teil von „Occupy Berlin“ vor dem Bundestag.

## Black Lives Matter

Die Bewegung entstand im Sommer 2013. Nachdem der Nachbarschaftswachmann George Zimmerman den Schüler Trayvon Martin getötet und der Prozess gegen ihn mit einem Freispruch geendet hatte, begann die Bewegung mit dem Hashtag #BlackLivesMatter. „Black Lives Matter“ wurde schnell eine internationale Bewegung, entstanden innerhalb der afroamerikanischen Gemeinschaft in den Vereinigten Staaten.

Die Bewegung wurde von drei Aktivistinnen der schwarzen Gemeinschaft mitbegründet: Alicia Garza, Patrisse Cullors und Opal Tometi. Sie steht in der Tradition der US-amerikanischen Bürgerrechtsbewegung der Afroamerikaner\*innen, der Black-Power-Bewegung, der Black-Feminism-Bewegung, des Panafrikanismus, der Anti-Apartheid-Bewegung, des Hip-Hop, der Lesben- und Schwulenbewegung und von Occupy Wall Street.

Die Proteste richten sich gegen rassistische Gewalt und mehrere Todesfälle von Afroamerikaner\*innen durch Polizeiaktionen oder

in Polizeigewahrsam. Die Ziele der Bewegung: keine Polizeigewalt gegenüber Afroamerikaner\*innen, kein Racial Profiling und ein Ende des Rassismus, gleiche Chancen für Afroamerikaner\*innen und Weiße beim Zugang zu Arbeit und Bildung, ein kostengünstiges, für alle Bürger offenes Gesundheitssystem.

„Black Lives Matter“ ist seit seiner Gründung im Sommer 2013 bis heute eine starke internationale Bewegung. Nach dem Tod von George Floyd im Mai 2020 gab es in den USA Demonstrationen mit bis zu 200.000 Teilnehmenden. In Berlin gingen etwa 15.000 und in München 25.000 Menschen auf die Straße. Gelungen ist der Bewegung, dass es eine größere öffentliche und breite gesellschaftliche Debatte über Rassismus, seine Ursachen und Ausprägungen gibt.

<http://blacklivesmatter.com/>

<https://www.blacklivesmatterberlin.de/> (deutsche Webseite)



Klimaproteste in Deutschland, Foto: Markus Spiske/unsplash

## Aktiv und offen für Bündnisse

Die Landbevölkerung bildet die Basis der afrikanischen Klimagerechtigkeitsbewegungen, sagt Roland Ngam

*Die Klimakrise betrifft die afrikanischen Länder stark. Hier wird der Eindruck erweckt, es gäbe dort aber keine Klimabewegung.*

Das ist falsch. Die meisten afrikanischen Länder sind überwiegend agrarisch geprägt. Darum sind sich alle des Klimawandels und seiner täglichen Auswirkungen sehr wohl bewusst.

*Was für soziale Bewegungen gibt es?*

Viele, und meist bezeichnen sie sich selbst nicht als „Klimagerechtigkeitsbewegung“, wie Gewerkschaften und Gemeindeorganisationen, die gegen Bergbau oder die Folgen steigender Meeresspiegel kämpfen. Konkreter: Im südlichen Afrika gibt es eine starke Landlosenbewegung mit einer Million Mitglieder.

*Was ist die Verbindung zur Klimagerechtigkeit?*

Wo Landwirtschaft die Haupteinnahmequelle ist, wie in den meisten afrikanischen Ländern, ist Land überlebenswichtig. Die Menschen verlieren durch Dürren, veränderte Regenfälle, Küstenerosion oder andere Klimateffekte ihre Lebensgrundlage. Oder auch wegen Landraub sowie Verschmutzung durch Agrarindustrie und Bergbau-Unternehmen. Oder ihnen fehlt der Zugang, aufgrund der ungleichen Landverteilung seit dem Kolonialismus.

*Also ist die Bewegung auf dem Land stark?*

Ja. Überschwemmungen in Mauritius oder im Senegal, Desertifikation in Burkina Faso oder Nigeria, industrieller Bergbau in Südafrika oder Marokko ... all das trifft vor allem die Landbevölkerung – oft die Ärmsten der Armen –, die sich mit wenig Hilfe von außen organisiert.

*Gibt es keine Verbindungen zu städtischen Bewegungen?*

Es gibt nur sehr wenige anhaltende ländlich-urbane Massenbewegungen. In Kamerun gab es kürzlich eine starke spontane Verbindung zwischen Stadt- und Landbevölkerung, die die Regierung dazu zwang, international vergebene Lizenzen zur Waldausbeutung zurückzuziehen. In ähnlicher Weise mobilisierte die RLS-Partnerorganisation CARES auf Mauritius nach der Ölkatastrophe im Juli 2020 die größte Protestaktion in der modernen Geschichte des Landes, mit 100.000 Menschen.

*Sind die wenigen städtischen Bewegungen der Grund, warum westliche Medien Aktivismus nicht darstellen?*

Ja. Ein Grund ist, dass eher die Landbevölkerung aktiv ist. Zweitens: Ungewöhnliche Akteure, wie die katholische Kirche, sind an manchen Orten sehr relevant. Drittens muss Mobilisierung anders



**Roland Ngam** wuchs in Kamerun auf, wo er Einblicke in die Auswirkungen des Klimawandels auf die Kaffeeproduktion erhielt. Sein größtes Ziel ist es, den Kohleabbau in Südafrika zu beenden und die Resilienz im Süd-westindischen Ozean zu stärken. Derzeit arbeitet er als RLS-Programm-Manager für Klimagerechtigkeit in Johannesburg, Südafrika, wo er den Klimablog koordiniert. **Franza Drechsel**, Projektmanagerin und Referentin für Westafrika in der Rosa-Luxemburg-Stiftung, hat mit Roland Ngam gesprochen.



Protest gegen TTIP und CETA in Brüssel, September 2016, Foto: Wiktor Dabkowski/dpa

ablaufen als in demokratischen Gesellschaften, da Regierungen alle sozialen Bewegungen unterdrücken – und Umweltprotest wird genau so verstanden: dass er die Regierungen herausfordert.

*Kannst du ein Beispiel nennen?*

Als 1970 die Ogoni in Nigeria begannen, für Gerechtigkeit zu kämpfen und sich gegen die Ölverschmutzung durch Royal Dutch Shell und British Petroleum im Nigerdelta zu wehren, reagierte die nigerianische Regierung sehr harsch. Staat und Militär haben enge Verbindungen zu Ölfirmen, denn Öl bedeutet Geld. Deshalb wird jede Bewegung, die diese Netzwerke bedroht, entschlossen unterdrückt. Der Höhepunkt der staatlichen Repression war 1995, als neun Aktivisten des „Movement for the Survival of the Ogoni People“ nach einem ungerechten Prozess hingerichtet wurden.

*Kann staatliche Repression auch zu einer wachsenden Unterstützung für eine Bewegung führen?*

Ich bin Optimist, ich würde sagen, dass Aktivismus auf lange Sicht zur Wahl von lokalen Abgeordneten führt und die Zivilgesellschaft nach und nach ihre Macht ausbauen kann, wie es im Nigerdelta der Fall ist. Es gibt aber auch Massenbewegungen, die sich um Klimafragen drehen.

Ein Beispiel ist die Regierung unter Thomas Sankara, die nach den schweren Dürreperioden in der Sahelzone (zwischen 1965 und 1974 und bis Mitte der 1980er Jahre) mobilisierte, um mehr als eine Million Bäume gegen Wüstenbildung in Burkina

Faso zu pflanzen. Andere Präsidenten machten mit. Die Idee einer „Großen Grünen Mauer“ entlang der Sahara wurde 2001 wieder aufgegriffen und von vielen afrikanischen politischen Institutionen unterstützt. Nur ist seitdem kaum was passiert, weil die politische Elite weder die breite Bevölkerung noch die Privatwirtschaft in das Projekt einbezogen hat.

*Wie siehst du das Verhältnis zwischen den Klimagerechtigkeitsbewegungen in Afrika und im Globalen Norden?*

Es gibt Luft nach oben, würde ich sagen. Bislang spielen afrikanische Prioritäten wie Dürre, Wüstenbildung, Bergbau, Malaria, schwindende Regenwälder etc. noch keine große Rolle. Konzepte wie der Green New Deal beziehen sich nicht auf sie.

Die pazifischen Inselnationen haben es nur geschafft, Staaten zur Unterzeichnung des Pariser Abkommens zu bewegen, weil sie Partnerschaften mit Europa und den Ländern Amerikas aufgebaut hatten. Ähnlich wären viele der ländlichen Bewegungen in afrikanischen Ländern nicht erfolgreich gewesen, hätten sie nicht mit Gruppen aus dem Globalen Norden zusammengearbeitet. Wieder das Beispiel der Ogoni: Nur weil sie mit Pro-Bono-Anwälten und zivilgesellschaftlichen Organisationen aus dem Globalen Norden kooperierten, waren sie vor kurzem in der Lage, ein Gerichtsverfahren gegen Royal Dutch Shell zu gewinnen. Zusammenarbeit ist notwendig – für Regierungen wie für Bewegungen.

# Bewegungen zusammenführen

Bislang fehlt es in Westafrika an einem gemeinsamen Verständnis von den Ursachen der Probleme.

Von Nnimmo Bassey

Es sieht aus, als habe die Natur die Pandemie als Gelegenheit genutzt, Menschen zum Nachdenken über die existenzielle Krise zu zwingen, die der Klimawandel darstellt, und über dessen tatsächliche Ursachen. Doch auch ein Jahr nach dem Ausbruch des neuartigen Coronavirus sieht es nicht danach aus, als seien die politischen und wirtschaftlichen Systeme dieser Welt bereit für die Erkenntnis, dass den Aufrufen zu entschlossenem Handeln gegen die Klimakrise der entscheidende Faktor fehlt: ein Sinn für und ein Verständnis von sozialer Gerechtigkeit.

Eine der Grundlagen der UN-Klimarahmenkonvention ist das Prinzip „Gemeinsame Ziele – unterschiedliche Verantwortung“. Es bedeutet, dass die Hauptverursacher der Klimakrise auch am meisten zu deren Lösung beitragen sollten, einschließlich der Finanzmittel und Technologien, die nötig sind, um die Bedrohung abzuwenden. Folglich werden den Ländern, die für die überwiegende Menge der Treibhausgase in der Atmosphäre verantwortlich sind, auch entsprechend höhere Zielvorgaben zur Emissionsreduzierung auferlegt.

Doch diese Vorgabe wird bislang ignoriert zugunsten individualistischer und nationalistischer Ansätze. Um dieses verzerrte Verständnis von Klimagerechtigkeit geradezurücken, bedarf es starker, mutiger und engagierter Graswurzelbewegungen überall auf der Welt. Westafrika gehört zu den Regionen, die in dieser Hinsicht bis jetzt wenig organisiert sind. Zwar gibt es afrikaweite Netzwerke zum Klimawandel und zu damit zusammenhängenden Themen. Doch noch fehlt eine Organisation, die jene unterschiedlichen Bewegungen und Kämpfe zusammenbringt, die sich gegen die neokolonialen und neoliberalen Eingriffe wenden, mit denen Politik und Wirtschaft die Klimakrise in der Region weiterhin verschlimmern. Dass Westafrika nach wie vor

durchdrungen ist vom Kolonialismus, ist wohl nicht allzu weit hergeholt, da die Unabhängigkeitsbewegung hier weniger stark war als anderswo in Afrika.

Klimagerechtigkeit, wie wir sie uns in Westafrika vorstellen, würde neoliberalen Kräften die Stirn bieten und sich gleichzeitig konzentrieren auf die Herausforderungen durch steigende Temperaturen, wachsende Verwüstung, Abholzung, Küstenerosion und Wasserknappheit. Es ist müßig, irgendwelche uralten „ethnischen“ Missverständnisse als Erklärung für die gewalttätigen Konflikte zu bemühen, die in der Sahelzone wüten, während offensichtlich der Klimawandel das Problem ist. Er destabilisiert und zerstört diese Region wie keine zweite auf dem Kontinent.

Das Gerede von Anpassung und Abmilderung der Klimafolgen bleibt bedeutungslos, solange die Resilienz vor Ort weiter durch verantwortungslose Umweltverschmutzung geschwächt wird, beispielsweise durch Lecks oder das Abfackeln von Gas bei der Erdölförderung. Das Nigerdelta ist als eine der am stärksten verseuchten Gegenden der Welt berüchtigt. Doch dass die derart umweltschädlich geförderten Rohstoffe bei ihrer Verbrennung den Klimawandel weiter anheizen – dieser Zusammenhang wird häufig nicht bewusst hergestellt.

Die westafrikanische Küstenlinie ist auf ihrer ganzen Länge zur hemmungslosen Plünderung freigegeben worden. Industrieanlagen, Kanalisation und die Einleitung von Giftmüll verstärken Wasserknappheit, indem sie ober- und unterirdische Quellen verschmutzen. Landwirtschaftliche und gemeinschaftlich genutzte Flächen fallen dem steigenden Meeresspiegel zum Opfer. Mangrovenwälder, die doppelt so viel CO<sub>2</sub> absorbieren können wie andere Wälder, werden aufgegeben und gehen damit auch als Brut- und Aufzuchtgebiete für Fische verloren.

Dem erstaunlichen Austrocknen des Tschadsees auf zehn Prozent seines Volumens von 1960 wird mit dem Vorschlag begegnet, ihn durch Wasser aufzufüllen, das in der Zentralafrikanischen Republik abgepumpt wird. So gravierend das Problem auch ist, über seinen Ursprung herrscht Schweigen. Gäbe es eine entsprechende Bewegung, würde sie Debatten provozieren und Regierungen wie Einzelpersonen zum Handeln zwingen. Eine Möglichkeit, die fortschreitende Wüstenbildung unmittelbar zum Stillstand zu bringen, wäre die vorgeschlagene „Große Grüne Mauer“ quer durch die Sahelregion. Wenn sie aus einheimischen Baumarten besteht, könnte dieser Grüngürtel tatsächlich zu einem Schutzwall werden und gleichzeitig zu einer Wirtschaftszone, die zahlreiche arbeitslose Jugendliche davon abhält, sich aufständischen Banden anzuschließen.

In Westafrika existieren sehr rührige Netzwerke zum Thema Ernährungssicherheit, die sich unter anderem gegen den Verlust von Nutzpflanzen durch genetische Verseuchung wehren. Außerdem gibt es Netzwerke zur Bergbau- und Ölförderungs-Problematik. Doch während die Region massiv unter den Folgen der Klimakrise und menschenfeindlichem Wirtschaften zu leiden hat, fehlt es bislang an einem gemeinsamen Verständnis der Ursachen dieser Probleme. Daraus könnte eine Bewegung entstehen, die den destruktiven Kräften mit Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit entgegentritt. In Westafrika müssen sich dafür alle Aktivist\*innen und Gruppen zusammenschließen, die schon jetzt für Ernährungssouveränität und ökonomische Gerechtigkeit, aber auch gegen Umweltverschmutzung kämpfen. Es wird höchste Zeit.

**Nnimmo Bassey** ist Direktor des nigerianischen Think-Tanks „Health of Mother Earth Foundation“. @EcoHomef, @NnimmoB

## Fridays for Future

Am 20. August 2018 verweigerte die Schwedin Greta Thunberg erstmals den Unterrichtsbesuch. Sie kündigte an, nach den schwedischen Parlamentswahlen am 9. September 2018 ihren Unterrichtsboykott an Freitagen so lange fortzusetzen, bis die Klimapolitik den Zielen des Pariser Klimaabkommens entspreche.

Bereits Mitte März 2019 erreichte die Bewegung globale Ausmaße.

Greta Thunberg, geboren am 3. Januar 2003 in Stockholm, wurde als Repräsentantin der internationalen Klimaschutzbewegung 2019 mit dem Alternativen Nobelpreis ausgezeichnet. Die von ihr initiierten „Schulstreiks für das Klima“ sind zur weltweiten Bewegung „Fridays for Future“ (FFF) gewachsen.

Am ersten weltweit organisierten Klimastreik (15. März 2019) nahmen 1,8 Millionen Menschen teil, am Tag des 6. Globalen Streiks

wurde in Deutschland in 400 Orten protestiert, weltweit gab es Aktionen in 3.500 Städten. FFF fordert, wirksame Maßnahmen für den Klimaschutz einzuleiten und insbesondere die Einhaltung des „Übereinkommens von Paris“ sicherzustellen, die Beendigung des Abbaus fossiler Brennstoffe im Rahmen einer Energiewende, die Abschaffung der Subventionen für fossile Energieerzeugung, die Steigerung der Investitionen in erneuerbare Energien, den Ausbau des ÖPNV im Rahmen einer Verkehrswende, das aktive Wahlrecht bereits mit 16 Jahren, um Partizipationsmöglichkeiten junger Menschen zu erweitern. Aufgrund der COVID-19-Pandemie sagte FFF alle öffentlichen Klimastreiks und Straßendemonstrationen ab und verlegte sich auf Online-Aktionen.

<https://fridaysforfuture.de>

# Ein Kampf für das Leben, für alle

Indigene Völker navigieren und vereinen die Welt. Von Inés Durán Matute

Vielen gelten die Zapatistas als Geburtshelfer\*innen der Bewegung für eine alternative Globalisierung. Seit sie im Jahr 1994 auftauchten und begannen, Netzwerke zu knüpfen, bekam der transnationale Aktivismus eine neue Form und ein anderes Verständnis von „Internationalismus“. Es ist unübersehbar, wie sie rund um den Globus Hoffnung verbreitet und Kämpfe gegen den gemeinsamen Feind „Kapitalismus“ befeuert haben. Während wir den Aufstieg autoritärer Regierungen, die Verschärfung der neoliberalen Politik und die Ausweitung repressiver und extraktivistischer Maßnahmen erleben, könnten sich allerdings einige fragen: Wo ist diese Bewegung jetzt? Warum gibt es nach 27 Jahren immer noch kein transnationales Netzwerk, das stark genug ist, um ein Gegengewicht zur kapitalistischen Expansion zu bilden? Haben wir es versäumt, dem Schrei der Zapatistas („Enough!“) Gehör zu verschaffen? Vielleicht. Aber es gibt noch eine Chance.

Mit Blick auf die mexikanischen Präsidentschaftswahlen 2018 hat die „Zapatistische Armee der Nationalen Befreiung“ (EZLN) zusammen mit dem Indigenen Nationalkongress (CNI) im Mai 2017 den Indigenen Regierungsrat (CIG) gegründet. Ziel war es nicht, die Macht zu übernehmen, sondern die aktuelle schwierige Situation der indigenen Völker in Mexiko sichtbar zu machen, einen Dialog in unterschiedlichen Bereichen zu eröffnen und angesichts eines akuten und vielschichtigen Bedrohungsszenarios von Gewalt, Armut, Ausbeutung und Enteignung zu organisieren. Der Indigene Regierungsrat besuchte etwa 62 Dörfer und Städte in Mexiko, aber das Anliegen reichte bald über die nördliche Grenze hinaus. Eine „Tour für das Leben“ durch 15 Städte in den Vereinigten Staaten wurde organisiert – auch um die Verbindungen zu Migrant\*innen und Aktivist\*innen dort zu stärken. Als das Interesse weltweit zunahm, koordinierten die CIG-Aktivist\*innen internationale Kontakte und erweiterte Netzwerke in mindestens 15 Ländern. So entstanden enge Beziehungen zu „Black Lives Matter“, der kurdischen Bewegung und dem Volk der Mapuche sowie zu zahlreichen Menschen, Kollektiven und Organisationen.

Für die Zapatistas war von Anfang an klar, dass sich ihr Anliegen nicht auf das nationale Territorium beschränken kann, da wir uns gegenseitig brauchen, um einem kapitalistischen System entgegenzutreten, das alle Formen des Lebens zu beseitigen sucht. Mangel, Brände, Dürre, Überschwemmungen, Krankheiten, Hunger, Gewalt, Rassismus, Ausbeu-

tung ... es scheint, als näherten wir uns täglich unserer eigenen Ausrottung. Eine fatale Zukunft – oder Zukunftslosigkeit –, für die die COVID-19-Pandemie als Omen gelesen werden kann. Angesichts eines Kampfes um das Leben, also um Territorien, Ökosysteme, die Natur, die Frauen, um uns und um alles, ist die transnationale Organisation notwendig. Es geht nicht darum, die Macht zu übernehmen oder sich einer Regierung entgegenzustellen, es ist ein Kampf ums Überleben, für den Erhalt der Natur, dafür, andere zukünftige Welten zu schaffen. Die gemeinsame Botschaft der unterschiedlichen Aktionen ist, dass in dieser Welt alles wechselseitig verbunden ist – wir sind nicht von unserer Umwelt zu trennen, und wir sind voneinander abhängig.

Viele mögen denken, dass der weltweite Widerstand angesichts von Autoritarismus, Gewalt und Unterdrückung seinen Tiefpunkt erlebt. Doch das Gegenteil ist der Fall: Von urbanen Gärten bis zu Bewegungen für Klimagerechtigkeit, von Selbstverteidigungsgruppen bis zur Frauenbewegung versuchen viele, eine andere Welt aufzubauen. Ihre Mittel und Praktiken mögen unterschiedlich sein, aber wir müssen uns vor Augen halten, dass uns alle das Leben eint. Der einzige Weg, untereinander Synergien und Resonanz zu erreichen, bis wir den Kapitalismus zerreißen, ist dieser Kampf. Es geht nicht um Einzelkämpfe für indigene Völker, die LGBT-Gemeinschaft, Arbeiter\*innen, Bauern, Geflüchtete, Frauen – es ist ein Kampf für ALLE. Es geht nicht um Unterstützung und Solidarität für „andere“, sondern um den gemeinsamen Kampf, der Menschen und Nicht-Menschen verteidigt, um den Raubbau am Leben zu stoppen.

Ende 2020 kündigte die zapatistische Bewegung an, sich 2021 im Rahmen der „planetarischen Reise“ einer CNI-CIG-Delegation nach Europa zu begeben, um herauszufinden, was wir alle gemeinsam haben, was uns gleich macht. Im Juli werden etwa 100 Indigene, hauptsächlich Frauen, verschiedene Ecken Europas besuchen und diejenigen treffen, „die sich mit verschiedenen Ansätzen und auf verschiedenen Gebieten dem Kampf für das Leben verschrieben haben“. Diese Initiative bezieht sich auf die beschleunigte Zerstörung des Planeten und die Zerbrechlichkeit des Lebens, die durch die COVID-Gesundheitskrise verschärft wird.

In Mexiko hat die Regierung trotz ihrer fortschrittlichen linken Rhetorik eine Reihe von Megaprojekten in indigenen Gebieten unterstützt und führt gegen deren Gemeinschaften eine Art niedrigschwelligen Krieg. Anstatt

Pflege und Gesundheit zu fördern, nutzt die Regierung die Pandemie, um die Projekte auf die Überholspur zu bringen. Daher ist es das Ziel dieser Reise, den Grenzwall zu überwinden, um Erfahrungen, Perspektiven, Ideen und Strategien auszutauschen und dadurch ein transnationales Netzwerk der gegenseitigen Solidarität und Hilfe aufzubauen, das den kollektiven Kampf stärkt.

Am 1. Januar veröffentlichten die Zapatistas „Eine Erklärung ... für das Leben“, mit der sie diesen Vorschlag eines kollektiven Verständnisses dessen, was uns eint, erläuterten. Dazu zählt: „dass wir uns die Schmerzen der Erde zu eigen machen“, „das Verständnis, dass ein System für diese Schmerzen verantwortlich ist, [...] ein ausbeuterisches, patriarchalisches, pyramidales, rassistisches, diebisches und kriminelles System: der Kapitalismus“, „das Wissen, dass es nicht möglich ist, [ihn] zu reformieren“, und „die Verpflichtung, zu kämpfen, überall und zu jeder Zeit“, da „das Überleben der Menschheit von [dessen] Zerstörung abhängt“. Diese Erklärung, die bereits von Einzelpersonen, Kollektiven und Organisationen aus mehr als 70 Ländern und Regionen unterzeichnet wurde, beweist, wie Kämpfe überleben und neue Formen finden können, die sie weiter globalisieren und stärken. Sie zeigt, dass es noch Hoffnung gibt, wenn wir uns auf das besinnen, was wir gemeinsam haben, und es schützen, denn die Verteidigung des Lebens ist die stärkste antikapitalistische Aktion.

Wie also ein Gegengewicht zum kapitalistischen System schaffen? Der Vorschlag lautet, Kämpfe, die das „Leben“ in den Mittelpunkt stellen, auf unterschiedlichsten Ebenen miteinander zu verweben. So kann in verschiedenen verstreuten, aber miteinander verbundenen Räumen und Zeiten eine starke und vereinte Front entstehen, die andere Realitäten hervorbringt, unsere jetzigen Möglichkeiten transzendiert und zukünftige Alternativen ermöglicht. Während die Zapatistas zusammen mit dem CNI-CIG durch die Welt wandern, haben wir die Chance, uns ihnen anzuschließen und ihren Schrei so laut wie möglich widerhallen zu lassen. Denn nur eine so artikulierte Resonanz wird unsere weitere Existenz ermöglichen und sicherstellen, dass das Leben gedeihen kann.

**Inés Durán Matute** hat in Sydney (Australien) studiert und promoviert und lebt in Mexiko, sie ist Teil einer internationalen Forschungsgruppe der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu Autoritarismus und Gegenstrategien.



Polizeigewalt bei sozialen Protesten in Concepcion, Chile, März 2020, Foto: Cristobal Saavedra Vogel/Anadolu Agentur/dpa

## David gegen Goliath

Die indische Regierung liefert Kleinbäuer\*innen dem Weltmarkt aus. Von Nadja Dorschner

Seit Ende November 2020 demonstrieren in Indien Hunderttausende Bäuer\*innen gegen drei Gesetze zur Deregulierung des Landwirtschaftssektors, die im September 2020 erlassen wurden. Das Zentrum der Proteste liegt an den Rändern der Hauptstadt Neu-Delhi, wo die Bäuer\*innen mit tatkräftiger Unterstützung aus weiten Teilen der Zivilgesellschaft kilometerlange Protestcamps einrichten konnten und seitdem wichtige Zufahrtsstraßen blockieren. Sie sind aus den umliegenden Bundesstaaten Punjab, Haryana und Uttar Pradesh angereist und entschlossen, zu bleiben, bis die Regierung der hindunationalistischen Indischen Volkspartei (Bharatiya Janata Party, BJP) um Premierminister Narendra Modi die Gesetze zurücknimmt. Ausgehend von Neu-Delhi haben sich die Proteste auf das ganze Land ausgebreitet und bereits verschiedene Höhepunkte erreicht. Schlagzeilen machten in den letzten Wochen vor allem die gewaltvollen Auseinandersetzungen zwischen den Protestierenden und den Sicherheitskräften am Tag der Republik, dem 26. Januar. International bekamen die Proteste neue Aufmerksamkeit, nachdem prominente Persönlichkeiten wie Popsängerin Rihanna und die „Fridays for Future“-Aktivistin Greta Thunberg auf Twitter zur Unterstützung der Bäuer\*innen aufriefen. Das indische Außenministerium sah sich genötigt, auf die Solidaritätsbekundungen aus dem Ausland mit der Mahnung zu reagieren, sich nicht in inter-

ne indische Angelegenheiten einzumischen. Die indische „Fridays for Future“-Aktivistin Disha Ravi, die Greta Thunberg Informationen über die Proteste in Indien gegeben haben soll, wurde verhaftet und muss sich vor Gericht wegen Aufruhr und Anstiftung zu internationaler Verschwörung gegen die nationale Einheit Indiens verantworten.

Die Proteste als nationale Angelegenheit zu betrachten, ist allerdings in vielerlei Hinsicht eine verkürzte Darstellung. Die Bäuer\*innen befürchten, dass die neuen Landwirtschaftsgesetze eine Aufhebung der Mindestpreisgarantien bedeuten, die es momentan noch in vielen indischen Bundesstaaten gibt und die vielen Landwirt\*innen eine Existenzgrundlage bieten. Laut der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) beziehen in Indien fast 70 Prozent der Bevölkerung ihren Lebensunterhalt aus der Landwirtschaft. Für sie soll mittels der neuen Gesetze der Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen außerhalb der staatlich regulierten Märkte, der sogenannten Mandis, erleichtert werden. Die Liberalisierung der Märkte soll das Exportpotenzial der indischen Landwirtschaft freisetzen und die Einkommen der Bäuer\*innen steigern. Umgekehrt hat das zur Folge, dass privatwirtschaftliche Akteure direkt mit den Bäuer\*innen Verträge über zu produzierende Mengen und abzuliefernde Qualität abschließen können.

Besonders für Kleinbäuer\*innen, die 82 Prozent der landwirtschaftlich Produzierenden in Indien ausmachen, ist zu erwarten, dass sie in Preisverhandlungen mit Konzernriesen des Agrarhandels und der Ernährungsindustrie eine benachteiligte Verhandlungsposition haben werden. Außerdem lockern die Reformen die Vorschriften für die Einlagerung von Grundnahrungsmitteln, die bisher nur staatlich autorisierten Zwischenhändler\*innen erlaubt war. Durch die Zurückhaltung großer Mengen können Agrarunternehmen die Preise manipulieren und beispielsweise während der Erntezeit die Preise drücken, zu denen sie den Bäuer\*innen ihre Erzeugnisse abkaufen.

Die BJP-Regierung schlägt mit den Gesetzen einen neuen Kurs in der indischen Landwirtschaftspolitik ein. Ein jüngst veröffentlichter Bericht der Organisation „Focus on the Global South“ macht deutlich, dass sich Indien in der Vergangenheit innerhalb der Welthandelsorganisation (WTO) und bei der Aushandlung bilateraler Handelsabkommen schützend vor die Kleinbäuer\*innen gestellt hat. Importzölle für landwirtschaftliche Erzeugnisse wurden aufrechterhalten und in Süd-Süd-Allianzen die Subventionierung inländischer Agrarmärkte gegen den Druck der Industrienationen durchgesetzt, um Ernährungssicherheit und Lebensgrundlagen im ländlichen Raum zu erhalten. Diesem Druck scheint Indien jetzt nachzugeben. Ein Grund

dafür könnte unter anderem sein, dass Indien sich vor der WTO und den Vereinigten Staaten für angebliches Fehlverhalten verantworten muss, weil es die innerhalb der Vereinbarungen vorgesehenen Subventionen für landwirtschaftliche Produktion überschritten haben soll.

Das Agrarabkommen (Agreement on Agriculture) innerhalb der Welthandelsorganisation hat eine lange, kontroverse Geschichte. Nach langwierigen Verhandlungen von 1986 bis 1994 trat es mit der WTO-Gründung 1995 in Kraft und zog von Beginn an die Kritik internationaler Kleinbäuer\*innen-Organisationen auf sich. Im Widerstand gegen das Agrarabkommen organisierten und vernetzten sich bäuerliche Vertretungsorganisationen und gründeten 1993 den internationalen Dachverband La Via Campesina, der heute 200 Millionen Kleinbäuer\*innen aus 182 Mitgliedsorganisationen in 81 Ländern repräsentiert. La Via Campesina positioniert sich gegen die neoliberale Ausrichtung der internationalen Agrarpolitik und fordert demokratische Ernährungssysteme sowie den Erhalt von regionalen Versorgungsstrukturen und biologischer Vielfalt.

Die ursprüngliche Form des Agrarabkommens ermöglichte es Industrienationen wie den USA und einigen europäischen Staaten, ihre Agrarsubventionen beizubehalten, während Länder des Globalen Südens ihre Märkte für die Einfuhr von Produktionsüberschüssen öffnen sollten. Die Erneuerung des Agrarabkommens scheiterte wiederholt in den sogenannten Doha-Runden und ließ die WTO an Legitimation einbüßen. Die Folgen der Marktliberalisierungen bekamen Kleinbäuer\*innen auf der ganzen Welt dennoch zu spüren. Die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse sind aufgrund des starken Wettbewerbs auf internationalen Märkten deutlich gesunken. Der Weltagrarhandel wird mittlerweile von einer Handvoll Konzerne mit riesigen Marktanteilen dominiert, die schwächere Glieder entlang der Lieferketten

immer weiter zurückdrängen. Im Saatgutsektor beispielsweise machen drei Unternehmen mehr als 50 Prozent des Marktes unter sich aus. In den Verhandlungen um die Erneuerung der Agrarabkommen setzen sich die Konzerne für eine weitgehende Öffnung der Märkte ein, während Kleinbäuer\*innen fehlende Transparenz in den Verhandlungen beklagen und mit den Folgen der Ausweitung ressourcenintensiver, industrieller Landwirtschaft zu kämpfen haben: Landnahme, Verlust von Biodiversität und die Zerstörung natürlicher Grundlagen für landwirtschaftliche Produktion.

Bei den Protesten in Indien ist La Via Campesina nur einer von vielen Akteuren in einem Bündnis aus über 500 Organisationen, die die Rücknahme der jüngst verabschiedeten Landwirtschaftsgesetze fordern. Gewerkschaften und Bauernverbände kritisieren, dass die Gesetze ohne vorherige Konsultation von Betroffenen verabschiedet wurden, und Oppositionsparteien sahen parlamentarische Prozeduren, wie die Einberufung von Beratungskomitees, außer Kraft gesetzt.

Dass die krisengeschüttelte indische Landwirtschaft Reformen bedarf, leugnen auch sie nicht. Was es bräuchte, wären Reformen, die den Bäuer\*innen stabile Einkommen sichern und die landwirtschaftliche Produktion diversifizieren, um Biodiversität wiederherzustellen und von monokulturellem Anbau gebeutelte Böden zu regenerieren. Dafür brauchen die Kleinbäuer\*innen finanzielle Anreize, die von staatlicher Seite reguliert werden müssten. Von einer stärkeren Einbindung in von wenigen Konzernen dominierte globale Agrarlieferketten und privatwirtschaftlich gesteuerten Modellen der Vertragswirtschaft sind diese Anreize allerdings nicht zu erwarten.

**Nadja Dorschner** ist Referentin im Referat Asien des „Zentrums für internationalen Dialog und Zusammenarbeit“ der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

# Frauenrechte in Polen

Im Sturm öffentlicher  
Auseinandersetzungen  
Von Holger Politt

Urplötzlich änderte sich die Szenerie. Soeben hatte die polnische Regierung Mitte Oktober 2020 ein weiteres Mal das drastische Herunterfahren des öffentlichen Lebens im Lande verfügt. Die Menschen hatten sich wieder darauf eingerichtet, ihre persönlichen und beruflichen Kontakte deutlich einzuschränken. Die veröffentlichten Zahlen ließen keine Wahl, das Ruder musste herumgerissen werden, auch wenn die Regierung noch wenige Monate zuvor zur allgemeinen Überraschung verkünden ließ, das Virus sei in Polen besiegt! Doch dann folgte am 22. Oktober 2020 ein Schritt, dessen politische Folgen bis jetzt noch gar nicht abgeschätzt werden können. Das Verfassungstribunal, das sich in seiner Mehrheit mittlerweile aus Mitgliedern zusammensetzt, die sich dem strammen nationalkonservativen Regierungskurs verpflichtet fühlen, kippte eine ohnehin rigide Regelung zum legalen Schwangerschaftsabbruch aus dem Jahr 1993, weil die Verfassung zu striktem Schutz auch des noch nicht geborenen menschlichen Lebens verpflichte. Die Entscheidung der Verfassungsrichter kam einem faktischen Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen überhaupt gleich.

Die Bilder der nächsten Tage und Wochen gingen um die Welt: Polens Frauen protestierten im Zeichen des Frauenstreiks (Strajk Kobiet) landesweit und massenhaft gegen den Beschluss, ignorierten mutig und kreativ die verhängten Einschränkungen im Versammlungsrecht. Sie erreichten zumindest, dass die Regierung zunächst davor zurückschreck-

## Feministische Streiks

Der Streik der Haudenosaunee-Frauen (um 1600) gilt laut „Global Nonviolent Action Database“ als die erste feministische Rebellion in der Geschichte Amerikas.

Die Historikerin Gisela Notz beschreibt den Weber-Aufstand in Schlesien im Jahr 1844 als zum großen Teil von Frauen getragen. Der Aufstand wurde blutig niedergeschlagen.

So ziehen sich die Kämpfe von Frauen für ihre Rechte, bessere Arbeitsbedingungen und gegen Unterdrückung durch die Jahrhunderte. Bereits im Jahr 1975 traten 90 Prozent der isländischen Frauen in den Ausstand. Sie kämpften für gleiche Löhne und für eine Wertschätzung ihrer Arbeit – im Haus und außerhalb. 1994 streikten in ganz Deutschland Frauen gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz, miese Bezahlung, den Abbau von Sozialleistungen und die faktische Abschaffung des Grundrechts auf Asyl. Feministische Kämpfe gibt es bis heute. Sie erreichten 2017/2018 einen Höhepunkt, als Frauen in über 50 Ländern zum „International Women’s Strike“ am 8. März aufriefen. Die Welt stand ein bisschen Kopf.

In einem kürzlich veröffentlichten Aufruf von frauenstreik.org an die DGB-Gewerkschaften heißt es:

„Der 8. März 2020 ist vielen von uns noch lebhaft in Erinnerung als einer der letzten starken Proteste vor der weltweiten Corona-Pandemie. Wir waren bundesweit Teil einer breiten gesellschaftlichen Bewegung und standen mit ca. 60.000 Beteiligten bei unseren feministischen Aktionen im engen Schulterschluss mit einem weltweiten feministischen Aufbruch. Daran knüpfen wir an!“

Ziele feministischer Streiks sind unter anderem das Recht auf Abtreibung, Chancengleichheit bei der Arbeit, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, kostenlose Kinderbetreuung, Aufwertung und höhere gesellschaftliche Anerkennung von Frauenarbeit, Bekämpfung von Sexismus und Gewalt gegen Frauen. Die Corona-Krise hat erneut gezeigt, dass Frauen am stärksten von den Auswirkungen betroffen sind. Es gibt unzählige gute Gründe, weiterzukämpfen.

<https://frauenstreik.org>



Kundgebung der Solidarität mit den Protesten in Weißrussland, Kiew, Ukraine, September 2020, Foto: STR/NurPhoto/dpa.

te, das Urteil des Verfassungstribunals auch amtlich zu veröffentlichen, damit es in Kraft treten konnte. Jarosław Kaczyński, dem die volle Verantwortung für den die Frauenrechte vollständig missachtenden Schritt zugesprochen werden muss, wirkte angeschlagen, wankte gefährlich, fiel aber nicht. Ihn rettete das Bekenntnis, der entschiedene Verteidiger der katholischen Kirche zu sein, ohne die es ein Polen in der heutigen Gestalt gar nicht gäbe. Um sich als starker Mann Polens zu beweisen, meinte er außerdem, die Frauenproteste hätten nur deshalb ausbrechen können, weil Polizei und Ordnungskräfte ihre Aufgabe anfangs nicht ausreichend und nachdrücklich erfüllt hätten. Zum Höhepunkt der Protestwelle, als in Warschau am 30. Oktober 2020 über 100.000 Menschen friedlich „Nieder mit Kaczyński“ forderten, ließ der – als Chef eines Sicherheitskomitees in der Regierung – massiv Polizei- und Armeekräfte auffahren. Dass es nicht zu den befürchteten Ausschreitungen kam, hing in erster Linie mit der Stärke, Disziplin und Kraft der protestierenden Menschen zusammen, die an diesem Tag – und nicht nur in der Hauptstadt – die Tradition der Frauenproteste gegen die nationalkonservative Regierung glänzend fortsetzten.

Denn zu den ersten Versprechen der von Kaczyński geführten Nationalkonservativen gegenüber der nach wie vor einflussreichen und mächtigen katholischen Kirche gehörte nach dem Regierungsantritt 2015, die unliebsamen Regelungen bezüglich des Schwangerschaftsabbruchs aus der (polnischen) Welt zu schaffen. Gesagt, getan. Im Herbst 2016 sollte per Gesetz ein erster Riegel vorgeschoben wer-

den. Die Regelungen von 1993 ließen in Polen faktisch nur noch 1.000 bis 1.500 Schwangerschaftsabbrüche im Jahr zu, zuletzt lagen die Zahlen an der unteren Grenze. Frauenrechtsorganisationen gehen aber verlässlich davon aus, dass Frauen aus Polen solche klinischen Eingriffe in einer Zahl von mehreren Zehntausend pro Jahr vornehmen lassen – im überwiegenden Fall also im benachbarten Ausland. Nun sollte nach Vorstellungen der Regierung ein Schwangerschaftsabbruch für polnische Frauen jenseits der in den Regelungen von 1993 noch erlaubten Fälle verboten werden, egal, wo die Eingriffe vorgenommen würden. Aus dem Ausland zurückkehrende Frauen sollten also von nun an strafrechtlich verfolgt werden können. Der heftige Proteststurm im Oktober 2016 fegte alle Regierungspläne schnell vom Tisch, sie verschwanden in den Schubladen, Kaczyński merkte sich die Lektion. Denn auch ein zweiter Versuch, das Thema mit der parlamentarischen Mehrheit wieder voranzutreiben, scheiterte im März 2018 nach entschiedenem Frauenprotest schnell.

Nun drehte Kaczyński im Herbst 2020 den Spieß feige um: Legalen Schwangerschaftsabbrüchen im Lande wird ein Riegel vorgeschoben – was polnische Frauen künftig im Ausland treiben, bleibt deren Privatsache, da wolle sich niemand in Polen mehr von Gesetzes wegen einmischen. Ein wenig hatte er damit gerechnet, im Schatten der Pandemie und der massiven öffentlichen Einschränkungen einerseits die katholische Kirche zufriedenstellen, andererseits den Frauenprotesten die Speerspitze abbrechen zu können. Wie sehr er sich verrechnet hatte, zeigten die Herbststürme.

Um zu retten, was zu retten ist, ließ Kaczyński nun Ende Januar 2021 das Urteil des Verfassungstribunals amtlich veröffentlichen, seitdem gilt in Polen ein weitgehend lückenloses Abtreibungsverbot. Das Wiederaufflammen der Frauenproteste verhindert zunächst die Winterkälte und ein weiterhin bestehendes Versammlungsverbot, dazu kam ein massives Polizeiaufgebot. Doch die Ruhe ist trügerisch, denn erst im Frühjahr wird man genauer wissen, wie das Kräfteverhältnis in der die ganze Gesellschaft elektrisierenden Frage nun ist. Auf der Seite der Frauenproteste ist die Richtung klar vorgegeben: Das, was uns anderswo, wenn wir ins Ausland gehen, zugestanden wird, hat auch in Polen, im eigenen Land, zu gelten! Damit entsteht ein Druck, den vor allem gemäßigte konservative Kräfte in Politik wie Kirche seit langem fürchten, denn am Horizont zieht plötzlich die „irische Gefahr“ auf – also ein Referendum über die Frage des legalen Schwangerschaftsabbruchs. Aus ihrer Sicht gleicht Kaczyńskis einsamer Schritt vom Herbst 2020 einem Danaergeschenk, in jedem Fall ist es ein schwerer politischer Fehler, hebelte der doch den „Kompromiss“ von 1993 aus, der ja ein klarer Triumph der konservativen, nicht der liberalen oder linken Position gewesen war.

Die Kraft, die sie nun brauchen, werden die um ihre Rechte kämpfenden Frauen Polens vor allem in der Öffentlichkeit suchen und finden. Umso mehr ist es ihr Interesse, dass Versammlungsrecht wieder Versammlungsrecht wird.

**Holger Politt** leitet das Büro Warschau der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

# Der Aufstand der Ryanair-Crews

Der Streik bei der irischen Billig-Airline vor drei Jahren zeigt Möglichkeiten und Grenzen transnationaler Arbeitskämpfe. Von Jörn Boewe

Ryanair? War da mal was? Nach einem Jahr Corona-Pandemie hat das Thema Luftverkehr etwas Unwirkliches. Weltweit brachen die Passagierzahlen um zwei Drittel ein. Wann – selbst ob! – die Massenfliegerei wieder derart allgegenwärtig werden wird, wie sie es in den vergangenen drei Jahrzehnten nach dem Fall des Eisernen Vorhangs war, ist noch nicht abzusehen.

Ohnehin hatte das Image des Fliegens in den letzten Jahren gelitten. 2019 fand das Wort „Flugscham“ Eingang in den deutschen Sprachgebrauch. Es stand zugleich für ein gewachsenes Umweltbewusstsein breiter Kreise der Bevölkerung, aber auch für einen merkwürdig verdrucksten, moralisierenden Umgang mit einem Problem, das letztlich gesellschaftlicher, politischer Lösungen und nicht nur eines „besseren“ individuellen Lifestyles bedarf.

Aus dem öffentlichen Gedächtnis fast verschwunden ist dagegen, dass die Vielfliegerei für wenig Geld zu einem festen Teil unseres Alltagskomforts geworden war. CO<sub>2</sub>-Emissionen waren ein Teil der dunklen Seite, darüber wird immerhin geredet. Mindestens ebenso beschämend waren und sind die sozialen Kosten der Schnäppchenmobilität, für die die Beschäftigten der Billigfluggesellschaften den Preis zahlten: prekäre Arbeitsverhältnisse, Niedriglöhne, Mobbing gegen Aufmüpfige und gewerkschaftlich Organisierte.

Die irische Fluggesellschaft Ryanair steht wie kein zweites Unternehmen für die windigen Geschäftspraktiken der Billigflieger. Sie steht aber auch für einen spektakulären, grenzüberwindenden Kraftakt ihrer überwiegend sehr jungen Beschäftigten, um der Ausbeutungsmaschinerie ihre Grenzen zu zeigen. Ab Herbst 2017 traten, über das komplette Jahr 2018 hinweg, immer wieder Pilot\*innen und Flugbegleiter\*innen des Unternehmens überall auf dem Kontinent und den Britischen Inseln in aufeinanderfolgenden Wellen in den Streik.

Der Aufstand der Ryanair-Crews ist ein eindrucksvolles und lehrreiches Beispiel für transnationale emanzipatorische Bewegungen der letzten Jahre. 140 Millionen Passagier\*innen waren 2018 mit Ryanair geflogen – mehr als mit jeder anderen innereuropäischen Airline. Als der Arbeitskampf losrollte, mussten die europäischen Gewerkschaften nicht lange erklären, worum es hier ging. In den kommenden Monaten kamen mehr und mehr Details über die miserablen Arbeitsbedingungen ans Licht. Wie in einem Zeitraffer machte dies innerhalb kürzester Zeit Millionen Men-

schen klar, zu welchem Zynismus der moderne Kapitalismus selbst in Westeuropa fähig ist – aber eben auch, wie sich Verhältnisse durch kollektives solidarisches Handeln verändern lassen.

Noch kurz vor Weihnachten 2017 galt die irische Billigfluggesellschaft als gewerkschaftsfeindlichstes Unternehmen der Branche in Europa schlechthin. Bei 16.000 bis 19.000 Euro brutto lag Ende 2017 das Jahreseinkommen der Ryanair-Flugbegleiter\*innen – das war etwa ein Drittel unter dem Level von easyJet, der Nummer zwei der europäischen Billigflieger. Ryanair drückte seine Personalkosten mit abenteuerlichen Vertragskonstruktionen: Kabinenbeschäftigte mussten im Jahr mindestens vier Wochen unbezahlten Urlaub nehmen und 3.000 Euro für ihre Ausbildung im Ryanair-Trainingszentrum in Frankfurt-Hahn bezahlen. Es gab keinen Anspruch auf Lohnfortzahlung bei Krankheit.

Ryanair war ein Profiteur der Wirtschaft-, Finanz- und Staatsschuldenkrise ab 2008/2009. Das Unternehmen nutzte die soziale Misere an der süd- und südosteuropäischen EU-Peripherie gezielt aus, insbesondere die ab 2010 massiv angestiegene Jugenderwerbslosigkeit in Spanien, Portugal und Italien.

Mehr als andere Fluggesellschaften setzte Ryanair auf atypische Beschäftigungsverhältnisse – auch bei den Pilot\*innen, die lange Zeit als „Selbstständige“ behandelt wurden. In Deutschland wurde diese Praxis ab 2018 unterbunden – nach langem politischen und juristischen Kampf der Gewerkschaft Vereinigung Cockpit (VC). Gut zwei Drittel aller Flugbegleiter\*innen waren nicht direkt bei Ryanair unter Vertrag, sondern bei vom Konzern abhängigen Leiharbeitsfirmen. Im Großen und Ganzen galt nach Ansicht des Unternehmens für alle Beschäftigten das – im EU-Vergleich extrem schwache – irische Arbeitsrecht, auch wenn zwei Drittel von ihnen auf Basen außerhalb von Irland und Großbritannien stationiert waren.

Neben Lohndumping gehören Einschüchterung und Union Busting zu Ryanairs Geschäftsmodell. Bis 2017 stand in Arbeitsverträgen eine Klausel, nach der die Beteiligung an einem Arbeitskampf die Kündigung nach sich ziehen könne. 2011 warf Ryanair den Flugkapitän James Anderson nach neun Jahren aus dem Unternehmen, weil er einem Besatzungsmitglied einen Gewerkschaftsflyer in die Hand gedrückt hatte.

Bis zum Herbst 2017 gab es wenig Hinweise darauf, dass sich an dieser Haltung etwas ändern würde. Wirtschaftlich stand das Unter-

nehmen besser da denn je, der Expansionskurs war ungebrochen.

Ziemlich überraschend kam kurz vor Weihnachten die Nachricht, dass Ryanair künftig Gewerkschaften anerkennen werde. „Die Hölle muss eingefroren sein“, titelte der Guardian. CEO Michael O’Leary hatte bis dahin immer darauf beharrt, eher werde „die Hölle einfrieren“, als dass er sich mit Gewerkschaften an einen Tisch setzen würde.

Doch im September 2017 hatte der Europäische Gerichtshof (EuGH) einer Klage der belgischen Gewerkschaft CNE stattgegeben und klargestellt, dass für Beschäftigte eines transnationalen Unternehmens wie Ryanair das Arbeitsrecht des Ortes gelte, „an dem der Arbeitnehmer gewöhnlich seine Arbeit verrichtet“. Damit war das bisherige Beschäftigungsmodell der Airline, unternehmensweit das irische Arbeitsrecht zugrunde zu legen, komplett in Frage gestellt. Für die Ryanair-Beschäftigten auf dem Kontinent gab es nun einen Präzedenzfall, auf den man sich bei künftigen Klagen vor den nationalen Arbeitsgerichten berufen konnte. In den Gewerkschaften lebte sofort die Debatte darüber auf, wie die nationalen Arbeitsrechtsnormen vor dem Hintergrund des EuGH-Urteils durchzusetzen wären.

Dazu kamen Probleme im Cockpit: 2017 war es für das Unternehmen immer schwieriger geworden, sich zu den bisherigen Bedingungen auf den europäischen Arbeitsmärkten mit Pilot\*innen zu versorgen. Im Herbst musste die Firma auf einen Schlag mehr als 2.100 Flüge innerhalb von sechs Wochen streichen. Als O’Leary bei der Jahreshauptversammlung im September erklärte, man werde Hunderte Pilot\*innen anweisen, ihren Urlaub ins nächste Jahr zu verschieben, löste dies einen bis dahin beispiellosen Aufstand aus. In den folgenden Wochen schlossen sich immer mehr Pilot\*innen Gewerkschaften an und wählten Vertretungsorgane, sogenannte Company Councils.

2015 hatte der Dachverband der Verkehrsgewerkschaften, die Internationale Transportarbeiter-Föderation (ITF), eine strategische Recherche begonnen, um herauszufinden, wie Gewerkschaften Beschäftigtenmacht in diesem extrem gewerkschaftsfeindlichen Umfeld aufbauen könnten. Die Idee war zunächst, durch steten Druck und Lobbyarbeit bei Shareholdern langfristig auf die Wahl eines beschäftigtenfreundlicheren Vorstands hinzuwirken.

Ende 2017 wurde klar, dass dieser Plan so nicht aufrechtzuerhalten war. Der Pilotenaufstand, die Heimatbasis-Entscheidung des



Medha Patkar, Sozialaktivistin in rotem Sari, beim Bauernprotest gegen die Landwirtschaftsgesetze, Ghaziabad, Indien, 2021, Foto: Pradeep Gaur/dpa

EuGH und die überraschende Kehrtwende O’Learys hatten die Situation komplett verändert. Jetzt überschlugen sich die Ereignisse: Zu Ostern 2018 legte das portugiesische Flugbegleitpersonal die Arbeit nieder. Der Streik überraschte die ITF, ermutigte sie aber auch, ihre Anstrengungen zu forcieren.

So ging die Organisation im Mai 2018 mit ihrer Kampagne europaweit an die Öffentlichkeit. Unter dem Label #cabincrewunited wurden Webseite, Facebook-Seite und Twitter-Account eingerichtet. Der Hashtag verbreitete sich wie ein Lauffeuer. Innerhalb weniger Wochen schaffte es die ITF, einen Großteil der auf 86 europäische Standorte verteilten Beschäftigten direkt anzusprechen, aufzuklären und viele davon zu organisieren. Im Juli trafen sich Flugbegleiter\*innen aus elf Ländern zum „Ryanair Crew Summit“ in Dublin, um gemeinsame Forderungen zu beschließen und das weitere Vorgehen zu koordinieren.

Von da an internationalisierte sich der Arbeitskampf. Ende Juli legten erstmals Cabin Crews in Belgien, Italien, Portugal und Spanien zwei Tage lang koordiniert die Arbeit nieder, Ryanair musste 600 Flüge streichen. Obwohl ver.di in Deutschland noch nicht an den Aktionen beteiligt gewesen war, hatten die

Streiks auch Auswirkungen auf deutsche Flughäfen. Parallel dazu erhöhten die Pilot\*innen den Druck und traten im August zeitgleich in Deutschland, Belgien, den Niederlanden, Irland und Schweden in den Ausstand. Weitere Streiks der Flugbegleiter\*innen folgten im September – in Spanien, Portugal, Italien, den Niederlanden, Belgien und erstmals auch in Deutschland.

Ver.di war spät in die offene Auseinandersetzung eingestiegen, konnte aber im weiteren Verlauf eine entscheidende Rolle spielen und im November 2018 einen Tarifvertrag für die rund 1.200 in Deutschland stationierten Flugbegleiter\*innen erzielen. Ende des Jahres änderte der Deutsche Bundestag unter dem Druck der Ereignisse den „Luftfahrtparagrafen“ 117 des Betriebsverfassungsgesetzes und machte damit den Weg frei für Betriebsratswahlen des fliegenden Personals.

Ver.di erreichte Lohnsteigerungen im dreistelligen Bereich sowie eine Vertragsgestaltung nach deutschem Arbeitsrecht. Tarifverträge, in denen die Anwendung des jeweiligen nationalen Arbeitsrechts festgeschrieben wurde, kamen auch in Belgien, Großbritannien, Irland, Italien, Portugal und Spanien zustande. Gewerkschaften konnten

sich als dauerhafte Verhandlungspartner etablieren, ihre Organisationsmacht stärken und in vielen Ländern moderate Verbesserungen der Entlohnung und der Arbeitsbedingungen durchsetzen.

Vieles von dem, was 2018 erkämpft wurde, ist heute wieder in Frage gestellt. Wie die gesamte Passagierluftfahrt wurde auch der irische Low-Cost Carrier von der Corona-Pandemie 2020 hart getroffen. Das Unternehmen antwortete – wie es von Ryanair zu erwarten war – mit einer aggressiven Erpressungspolitik gegenüber den Beschäftigten und ihren Gewerkschaften: Standortschließungen, Forderungen nach Lohnverzicht auf Jahre und für den Fall, dass sich Beschäftigte den Forderungen nicht beugen, weitere Standortschließungen und Entlassungen. Die Auseinandersetzung um den künftigen Kurs, die Arbeitsbedingungen und die Würde der Beschäftigten geht in eine neue Runde.

Jörn Boewe/Florian Butollo/Johannes Schulten  
**Organizing Ryanair. Die transnationale Gewerkschaftskampagne bei Europas Billigfluglinie Nummer eins** Analysen Nr. 63, Rosa-Luxemburg-Stiftung. Die pdf kann unter [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de) heruntergeladen werden.



Foto: Logan Weaver/unsplash